

Quelle siehe: [www.bernhard-sauer-historiker.de](http://www.bernhard-sauer-historiker.de)

Bernhard Sauer

## Die Deutschvölkische Freiheitspartei (DvFP) und der Fall Grütte

Die Bedeutung der Deutschvölkischen Freiheitspartei ergibt sich vor allem daraus, daß sie eine wichtige Vorläuferorganisation der NSDAP in Norddeutschland war. Ein Großteil ihrer Mitglieder schlossen sich später dieser an. Wie alle rechtsradikalen Organisationen war auch die DvFP nach außen hin extrem abgeschottet. Der Mordfall Grütte-Lehder, (Grütte-Lehder wird häufig auch nur Grütte genannt), in den fast die gesamte Führungsspitze der Partei verwickelt war, bietet jedoch einen interessanten Einblick in das Innenleben dieser Partei und zeigt zugleich exemplarisch das Beziehungsgeflecht und Milieu rechtsradikaler Verbände.

Die DvFP wurde am 16. Dezember 1922 in Berlin gegründet und entstand als Abspaltung des radikalen völkischen Flügels der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP)<sup>1</sup>. Parteiführer wurde Albrecht von Graefe-Goldebee<sup>2</sup>, Mitglied des Reichstages, aus Mecklenburg, sein Stellvertreter der in Berlin lebende und ebenfalls dem Reichstag angehörende Reinhold Wulle<sup>3</sup>. Zur Führung gehörte ferner der Reichstagsabgeordnete Major a.D. Wilhelm Henning<sup>4</sup>, der in Berlin zugleich Vorsitzender des rechtsradikalen »Verbandes nationalgesinnter Soldaten« war. Führender Publizist der Partei war Ernst Graf zu Reventlow<sup>5</sup>.

Das Parteibüro der DvFP befand sich in der Dessauer Straße 6 in Berlin-Kreuzberg. Mitglied konnte nur werden, wer an Eidesstatt versicherte, »daß sich unter seinen und seiner Frau Eltern und Großeltern weder Angehörige der jüdischen noch der farbigen Rasse befinden«<sup>6</sup>.

Der Aufbau der DvFP schritt schnell voran. Nach Angaben von Wulle soll die Partei bereits nach wenigen Wochen im Norden 30 000 Mitglieder gehabt haben<sup>7</sup>, wobei das Gros der Mitglieder sich aus Grundbesitzern, Angehörigen akademischer Berufe und Beamten, Angehörigen kleinbürgerlicher Schichten wie Unternehmern, Geschäftsleuten und Handwerkern sowie ehemaligen Berufssoldaten, vor allem Offizieren, und Angehörigen inzwischen aufgelöster Freikorps zusammensetzte<sup>8</sup>. In einem Bericht vom 9. April 1923 hat der Reichskommissar den Einfluß besonders der ehemaligen Soldaten und Freikorpsangehörigen innerhalb der DvFP als bedeutsam eingeschätzt: »Außer den Leuten Rossbachs spielten in der neuen Bewegung die früheren Führer und Unterführer des aufgelösten Verbandes nationalgesinnter Soldaten eine große Rolle [...]. Die verbotene NSDAP-Großdeutsche Arbeiterpartei und Verband Nationalgesinnter Soldaten sind bei der DvFP untergekommen. [...] Ziel: Bildung aktiver Sturmtrupps und Bildung aktivistischer Soldatenpartei nach dem Vorbild der italienischen Faschisten.«<sup>9</sup> Tatsächlich spielten Roßbach und

sein Anhang in der neuen DvFP eine herausragende Rolle, wie überhaupt Roßbach in den frühen zwanziger Jahren in Norddeutschland im Lager des Rechtsradikalismus zu den wichtigsten Personen zählte. Aus diesem Grunde soll kurz auf ihn ein gegangen werden.

Gerhard Roßbach wurde 1893 in Kehrberg nahe der Oder geboren. Die Ausbildung zum Königlich-Preußischen Leutnant absolvierte er vor allem an der Hauptkadettenanstalt in Berlin-Lichterfelde.<sup>10</sup> Im Ersten Weltkrieg an verschiedenen Fronten eingesetzt, widersetzte sich Roßbach im November 1918 dem Befehl zur Auflösung seines Kommandos und bildete aus diesem sowie Angehörigen anderer Einheiten die »Sturmabteilung Roßbach«, mit der er zunächst in Westpreußen gegen die Polen kämpfte und im November 1919 für erhebliches Aufsehen sorgte, als er in einem spektakulären Marsch den deutschen Freikorps im Baltikum zur Hilfe eilte.<sup>11</sup> Nach der Rückkehr aus dem Baltikum wurde die »Sturmabteilung Roßbach« zwar am 28. Januar 1920 offiziell aufgelöst, in Wirklichkeit existierte sie aber in Form verschiedener Tarnorganisationen weiter. Roßbach bildete aus seinen Leuten sogenannte »Arbeitsgemeinschaften«, die er den Großgrundbesitzern in Pommern, Mecklenburg und Schlesien als »Landschutz« gegen Bezahlung zur Verfügung stellte.<sup>12</sup> Die Hauptgeschäftsstelle befand sich in Berlin-Wannsee, Otto-Erich-Straße 10, eine Nebenstelle in Berlin-Schöneberg, Bayreuther Straße 13 in der Kanzlei des Rechtsanwaltes Rettkowski.<sup>13</sup> Am Kapp-Putsch beteiligten sich die Roßbacher ebenfalls.<sup>14</sup> Wegen verschiedener Morde an streikenden Arbeitern in Zusammenhang mit dem Kapp-Putsch mußten sich Roßbach und seine Leute später vor Gericht verantworten.<sup>15</sup> Auch an den Kämpfen in Oberschlesien war die »Arbeitsgemeinschaft Roßbach« an führender Stelle beteiligt. Engeren Kontakt hatte Roßbach hier vor allem mit dem Freikorpsführer Heinz Oskar Hauenstein.<sup>16</sup> Nach ihrer Rückkehr aus Oberschlesien<sup>17</sup> beschlossen Roßbach und Hauenstein gemeinsam, gestützt auf die Mitglieder ihrer Organisationen, »die nationalsozialistische Bewegung in Norddeutschland aufzuziehen«<sup>18</sup>. Zu diesem Zweck führen sie im August 1922 nach München, um mit Adolf Hitler ihre Absicht zu erörtern.<sup>19</sup> Im Anschluß daran wurden in Norddeutschland zahlreiche Ortsgruppen der NSDAP gegründet, wobei Roßbach es zumeist selber war, der von Ort zu Ort reiste und die Gründungsversammlungen abhielt.

In Berlin war die Gründung einer NSDAP-Ortsgruppe für den 19. November 1922 vorgesehen. Ort der Versammlung sollte das Restaurant »Reichskanzler«, Yorkstraße 90, sein.<sup>20</sup> Am 15. November hatte jedoch der preußische Minister des Innern, Carl Severing, die NSDAP sowie alle ihre Zweigvereine in Preußen aufgrund des Republikschutzgesetzes, welches nach dem Rathenau-Mord erlassen worden war, verboten.<sup>21</sup> So wurde kurzerhand unter Roßbachs Leitung am 19. November im »Reichskanzler« eine »neue« Partei ins Leben gerufen: die »Großdeutsche Arbeiterpartei« (GAP). Den Gründungsauftrag unterzeichneten 194 Personen. Das Programm der neuen Partei wurde in der Kürze der Zeit von dem der NSDAP abgeschrieben. Auch das Abzeichen der NSDAP, die rote Armbinde mit schwarzem Hakenkreuz auf weißem Grund, wurde übernommen.<sup>22</sup>

Der »Großdeutschen Arbeiterpartei« war allerdings keine lange Lebensdauer beschieden. Am 10. Januar 1923 verbot der preußische Innenminister die Partei. Zu offenkundig hatte sie sich als reine Ersatzorganisation für die verbotene

NSDAP erwiesen. Am 20. Januar stellte daraufhin die »Großdeutsche Arbeiterpartei« per Vorstandsbeschluß ihre Tätigkeit ein, und am 10. Februar beschlossen deren Führer, Gerhard Roßbach und Karl Fahrenhorst<sup>23</sup>, den Anschluß an die DvFP unter folgenden Bedingungen:

1. Die GAP tritt in die DvFP über und bleibt in dieser als geschlossener Block unter dem Namen »Großdeutsche Bewegung« bestehen.
2. Die GAP behält eigene Führerschaft. [...]
3. Zwei Herren der GAP treten in den Vorstand der DvFP ein, um ein reibungsloses Zusammenarbeiten zu ermöglichen.<sup>24</sup>

Schon diese Bedingungen, die von den Führern der DvFP angenommen wurden, zeigen den erheblichen Einfluß der Roßbach-Leute.

Im Parteibüro in der Dessauer Straße war Roßbach selber für die organisatorische und politische Arbeit der Partei zuständig. Die Organisationsabteilung II führte der in Berlin-Grünwald, Franzenbader Straße 6, wohnende Major a.D. Georg Ahlemann, der später Mitglied der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion werden sollte.<sup>25</sup> Nach außen trat Roßbach als Leiter der sportlichen Parteiaktivitäten auf. In Wirklichkeit organisierte er die sogenannten völkischen Turnerschaften und den »Jugendbund Graf York von Wartenberg«, die nach Erkenntnissen des Reichskommissars militärisch ausgebildet und organisiert waren.<sup>26</sup> Die völkischen Turnerschaften wie die »Turnerschaft Ulrich von Hutten« oder die »Turnerschaft Rhenania« der Bezirke Charlottenburg und Steglitz waren die Vorläufer des »Frontbannes«, aus dem wiederum die SA entstand. Sie hatten jeweils eine Stärke von 50 bis 80 Mann.<sup>27</sup>

Am 17. März 1923 löste die Polizei eine angebliche Geburtstagsfeier, die Roßbach zu Ehren des gar nicht anwesenden Oberleutnants Horst von Tettenborn in der »Deutschen Eiche« in Berlin-Wannsee abhielt, wegen des Verdachtes der Geheimbündelei auf. An der Veranstaltung nahmen fast ausschließlich Soldaten und Offiziere der Reichswehr teil.<sup>28</sup> In den folgenden Tagen wurden Roßbach und andere führende Mitglieder der DvFP von der Polizei wegen des Verdachtes der Vorbereitung eines Putsches vernommen und Hausdurchsuchungen im Parteibüro und in den Wohnungen führender Parteimitglieder durchgeführt, wobei die gefundenen Materialien und die Aussagen der Verhafteten die Partei und insbesondere Roßbach schwer belasteten. Daraufhin verbot Severing am 23. März 1923 die DvFP in Preußen. In der Begründung wurde festgestellt, daß die Partei mit all ihren Zweigvereinen eine versteckte Fortsetzung der NSDAP für Preußen darstelle, deren Ziel die gewaltsame Beseitigung des Parlamentarismus mittels eines nationalsozialistischen Putsches sei. Zu diesem Zweck seien unter Roßbachs Führung in allen preußischen Provinzen militärisch organisierte Hundertschaften gebildet und Fühlung mit einzelnen Teilen der Reichswehr aufgenommen worden.<sup>29</sup>

Am Tag der Verbotsverfügung verhaftete die Polizei eine Reihe führender Funktionäre und Mitarbeiter der DvFP, darunter fast alle Vorsitzenden der Berliner Ortsvereine. Zu den Verhafteten gehörten unter anderem Roßbachs militärischer Stellvertreter Fahrenhorst, der Major a.D. Ahlemann sowie der Major a.D. Franz von Stephani.<sup>30</sup> Gegen Roßbach und die anderen Festgenommenen wurde wegen Hochverrats und Bildung militärischer Banden ermittelt. Roßbach selber

kam ins Untersuchungsgefängnis nach Leipzig, wo er — wie er selbst konstatierte — sich in keiner schlechten Gesellschaft befand: Kapitän Hermann Ehrhardt saß zu diesem Zeitpunkt auch gerade dort.<sup>31</sup>

Die Ermittlungen ergaben interessante Einzelheiten: In einer Rede vor dem preußischen Landtag zitierte Severing aus einem beschlagnahmten Brief eines Berliner Führers der DvFP, aus dem hervorging, daß die Mitglieder des Jugendbundes systematisch auf einen Bürgerkrieg vorbereitet wurden, wozu insbesondere Felddienstübungen auf den Berliner Exerzierplätzen abgehalten wurden.<sup>32</sup> Darüber hinaus hatte Roßbach versucht, Mitglieder anderer nationaler Vereinigungen in örtlichen Kartellen zusammenzufassen und militärisch auszubilden.<sup>33</sup> Enge Beziehungen gab es vor allem zu dem »Sportverein Olympia«, der im Jahre 1920 gegründet worden war, etwa 2 500 Mitglieder hatte und sich auf Berlin und Umgebung erstreckte. Der »Sportverein Olympia« entstand aus der »Reinhard-Jugend«, dessen Mitglieder zumeist ehemalige Offiziere des Regiments Reinhard sowie rechtsorientierte Studenten und Gymnasiasten waren.<sup>34</sup>

Gerhard Roßbach saß in Leipzig insgesamt 9 Monate in Untersuchungshaft.<sup>35</sup> Am 15. Oktober 1923 wurde Roßbach »wegen mangelnden Fluchtverdachts« aus der Haft entlassen.<sup>36</sup> Als jedoch die sächsische Regierung und der Reichswehrminister ihn erneut verhaften wollten, war dieser bereits im Schlafwagen nach München entkommen.<sup>37</sup> Zuvor war auch schon der Kapitän Ehrhardt aus dem Untersuchungsgefängnis in Leipzig entflohen.<sup>38</sup>

In München angekommen, wurde Roßbach von dem dortigen Führer des Roßbachbundes und Mitglied der Münchner SA, Edmund Heines<sup>39</sup>, empfangen. Dieser hatte sich schon vorher wegen eines in Preußen begangenen Mordes nach München abgesetzt. Danach begab sich Roßbach sofort zu Adolf Hitler, um »sich diesem für die politische Arbeit zur Verfügung« zu stellen.<sup>40</sup> Am 18. Oktober fand im Löwenbräukeller zu Ehren von Roßbach eine Veranstaltung statt, auf der sich dieser über die deutschen Behörden lustig machte und sich offen als Nationalsozialisten bezeichnete. Ehrengäste waren Adolf Hitler und Hermann Göring.

Am November-Putsch beteiligte sich Roßbach, indem er die Infanterie-Schüler überredete, sich Hitler zur Verfügung zu stellen. Morgens um 8 Uhr erschien Roßbach in Begleitung von sechs SA-Männern in der Reichswehr-Infanterieschule. Die Organisation Roßbach hatte sich schon seit längerem um freundschaftliche Beziehungen zu den Offiziersanwärtern, Schülern und Lehrern der Infanterieschule bemüht. Roßbach verteilte Hakenkreuzfahnen und Armbinden, dann verkündete er etwas vorschnell: »Eine neue nationale Regierung unter Hitler und Ludendorff ist eben gebildet worden. Die Reichswehr steht hinter der Sache. Ihnen steht die Ehre zu, für Seine Exzellenz, den General Ludendorff, eine besondere Sturmabteilung zu bilden.«<sup>41</sup> Mit den Offiziersanwärtern marschierte Roßbach zum Bürgerbräukeller, wo Hitler gerade die »nationale Revolution« ausrief, und besetzte anschließend mit ihnen vorübergehend das Regierungsgebäude. Am Marsch des 9. November vom Bürgerbräukeller zur Stadtmitte war Roßbach mit den Infanterie-Schülern ebenfalls beteiligt, ebenso die Roßbach-Bataillone innerhalb der SA sowie Reichswehrsoldaten verschiedener Formationen, die zur Organisation Roßbach im engen Verhältnis standen.<sup>42</sup> In vorderster Linie, neben Adolf Hitler und Erich Ludendorff, war an diesem Umzug auch der deutschvölkische Parteivorsitzende

kam ins Untersuchungsgefängnis nach Leipzig, wo er – wie er selbst konstatierte – sich in keiner schlechten Gesellschaft befand: Kapitän Hermann Ehrhardt saß zu diesem Zeitpunkt auch gerade dort.<sup>31</sup>

Die Ermittlungen ergaben interessante Einzelheiten: In einer Rede vor dem preußischen Landtag zitierte Severing aus einem beschlagnahmten Brief eines Berliner Führers der DvFP, aus dem hervorging, daß die Mitglieder des Jugendbundes systematisch auf einen Bürgerkrieg vorbereitet wurden, wozu insbesondere Felddienstübungen auf den Berliner Exerzierplätzen abgehalten wurden.<sup>32</sup> Darüber hinaus hatte Roßbach versucht, Mitglieder anderer nationaler Vereinigungen in örtlichen Kartellen zusammenzufassen und militärisch auszubilden.<sup>33</sup> Enge Beziehungen gab es vor allem zu dem »Sportverein Olympia«, der im Jahre 1920 gegründet worden war, etwa 2 500 Mitglieder hatte und sich auf Berlin und Umgebung erstreckte. Der »Sportverein Olympia« entstand aus der »Reinhard-Jugend«, dessen Mitglieder zumeist ehemalige Offiziere des Regiments Reinhard sowie rechtsorientierte Studenten und Gymnasiasten waren.<sup>34</sup>

Gerhard Roßbach saß in Leipzig insgesamt 9 Monate in Untersuchungshaft.<sup>35</sup> Am 15. Oktober 1923 wurde Roßbach »wegen mangelnden Fluchtverdachts« aus der Haft entlassen.<sup>36</sup> Als jedoch die sächsische Regierung und der Reichswehrminister ihn erneut verhaften wollten, war dieser bereits im Schlafwagen nach München entkommen.<sup>37</sup> Zuvor war auch schon der Kapitän Ehrhardt aus dem Untersuchungsgefängnis in Leipzig entflohen.<sup>38</sup>

In München angekommen, wurde Roßbach von dem dortigen Führer des Roßbachbundes und Mitglied der Münchner SA, Edmund Heines<sup>39</sup>, empfangen. Dieser hatte sich schon vorher wegen eines in Preußen begangenen Mordes nach München abgesetzt. Danach begab sich Roßbach sofort zu Adolf Hitler, um »sich diesem für die politische Arbeit zur Verfügung« zu stellen.<sup>40</sup> Am 18. Oktober fand im Löwenbräukeller zu Ehren von Roßbach eine Veranstaltung statt, auf der sich dieser über die deutschen Behörden lustig machte und sich offen als Nationalsozialisten bezeichnete. Ehrengäste waren Adolf Hitler und Hermann Göring.

Am November-Putsch beteiligte sich Roßbach, indem er die Infanterie-Schüler überredete, sich Hitler zur Verfügung zu stellen. Morgens um 8 Uhr erschien Roßbach in Begleitung von sechs SA-Männern in der Reichswehr-Infanterieschule. Die Organisation Roßbach hatte sich schon seit längerem um freundschaftliche Beziehungen zu den Offiziersanwärtern, Schülern und Lehrern der Infanterieschule bemüht. Roßbach verteilte Hakenkreuzfahnen und Armbinden, dann verkündete er etwas vorschnell: »Eine neue nationale Regierung unter Hitler und Ludendorff ist eben gebildet worden. Die Reichswehr steht hinter der Sache. Ihnen steht die Ehre zu, für Seine Exzellenz, den General Ludendorff, eine besondere Sturmabteilung zu bilden.«<sup>41</sup> Mit den Offiziersanwärtern marschierte Roßbach zum Bürgerbräukeller, wo Hitler gerade die »nationale Revolution« ausrief, und besetzte anschließend mit ihnen vorübergehend das Regierungsgebäude. Am Marsch des 9. November vom Bürgerbräukeller zur Stadtmitte war Roßbach mit den Infanterie-Schülern ebenfalls beteiligt, ebenso die Roßbach-Bataillone innerhalb der SA sowie Reichswehrsoldaten verschiedener Formationen, die zur Organisation Roßbach im engen Verhältnis standen.<sup>42</sup> In vorderster Linie, neben Adolf Hitler und Erich Ludendorff, war an diesem Umzug auch der deutschvölkische Parteivorsitzende

Albrecht von Graefe beteiligt, der am Abend des 8. November nach München angereist war.<sup>43</sup> Nach dem Scheitern des Putsches konnte sich Roßbach der Verhaftung durch die Polizei durch Flucht in die Seitenstraßen entziehen. Er tauchte in einer Wirtschaft unter und fuhr am nächsten Tag heimlich im Kraftwagen nach Rosenheim. Als auch dort wenig später ein Verhaftungsbefehl eintraf, flüchtete er mit falschem Paß zusammen mit Hermann Göring über die Grenze nach Salzburg.<sup>44</sup> Damit war aber auch seine politische »Karriere« beendet. Roßbach, der so viel zum Entstehen jener unheilvollen Bewegung in Norddeutschland beigetragen hatte, hielt sich von nun ab politisch ausgesprochen zurück. Er selber behauptete, daß von jenem Tag an, dem 9. November, der Nimbus um Adolf Hitler bei ihm langsam zu verblasen begann.<sup>45</sup>

Neben Roßbach hatte sich von seiten der DvFP auch von Graefe in vorderster Reihe am Hitler-Putsch beteiligt. Es stellt sich somit die Frage: Hatte die DvFP, die ja in Preußen wegen der Anschuldigung der Vorbereitung eines gewaltsamen Umsturzes verboten war, von dem Hitler-Putsch gewußt oder gar diesen mit vorbereitet? In der Umgebung von Berlin hatten die Formationen der »Schwarzen Reichswehr« (SR) ebenfalls im Herbst 1923 einen Putsch organisiert. Stand dieser Küstriner Putsch im Zusammenhang mit dem Hitler-Putsch und welche Rolle spielte die DvFP dabei? Der Fall Grütte, der abschließend ausführlich behandelt werden soll, enthält zu diesen Fragestellungen interessantes Material. Wenn man den Angaben von Walther Stennes, einem Führer der SR und späteren SA-Führer, Glauben schenken darf, so war nach einer gemeinsamen Besprechung Ende August in München, an der unter anderem Erich Ludendorff, Adolf Hitler, Ernst Buchrucker und Walther Stennes teilnahmen, beschlossen worden, daß der Auftakt zu einem gewaltsamen Staatsstreich vom Norden von der SR ausgehen und Hitler mit seinen Verbänden dann in Bayern folgen sollte. Dieser Plan sei dann aber durch das Vorpellen Hitlers, der sich nicht an die getroffenen Abmachungen gehalten habe, vereitelt worden, so daß die Umsturzbestrebungen in sich zusammengebrochen seien.<sup>46</sup>

Soweit die Aktivitäten Roßbachs und die Verbindungen der DvFP zur NSDAP. Die DvFP selber blieb in Preußen bis zum Februar 1924 verboten. Bis dahin repräsentierten die drei nicht verhafteten Reichstagsabgeordneten von Graefe, Wulle und Henning die Partei. Doch trotz des Verbots war die DvFP mit Hilfe verschiedener Ersatzorganisationen auch weiterhin aktiv. Die wichtigste war dabei der »Deutsche Herold«.<sup>47</sup>

Der Fall Grütte fiel in die Zeit des Verbots der DvFP und liefert interessantes Anschauungsmaterial über deren Ziele und Aktivitäten:

Anfang Dezember 1923 erhielt das Polizeirevier in Berlin-Hermsdorf einen anonymen Anruf, in dem eine männliche Stimme mitteilte, ein gewisser Robert Grütte-Lehder habe im Tegeler Forst einen politischen Mord verübt. Der Anrufer wollte seinen Namen erst nennen, wenn Grütte verhaftet sei. Der daraufhin verhaftete Grütte war dann auch ohne weiteres geständig. Der Ermordete sei ein Oberleutnant Müller, ein Verräter, der deutschvölkische Pläne an die »Rote Fahne« weitergegeben habe.<sup>48</sup> Die Ermittlungen ergaben, daß Grütte verschiedenen nationalistischen Bünden angehörte, unter anderem auch der Hermsdorfer Ortsgruppe des »Bismarck-Ordens«, der Jugendorganisation der DvFP. Aus ihrer Mitte

ist die anonyme Anzeige hervorgegangen. Den »Bismarck-Orden« führte in Berlin Wilhelm Kube.

Kube wurde am 13. November 1887 in Glogau (Schlesien) als Sohn eines Sergeanten geboren. Nach seiner Schulzeit am Berliner Gymnasium »Zum grauen Kloster«, das auch Bismarck besucht hatte, studierte er von 1908 - 1912 an der Berliner Universität Geschichte und Staatswissenschaft und gründete dort 1909 den deutschvölkischen Studentenverband. In Schlesien wurde Kube dann Generalsekretär der dortigen Konservativen Partei, legte aber 1920 das Amt nieder, um als Generalsekretär die Leitung des Landesverbandes Berlin der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) zu übernehmen. Bereits 1919 hatte er in Berlin den »Deutschen Bismarckbund«, die Jugendorganisation der DNVP, gegründet, dessen Reichsführer er 1922 wurde. 1922 wurde Kube außerdem Stadtverordneter der DNVP in Berlin.<sup>49</sup>

Ende 1922 trat er unter Spaltung der »Bismarck-Jugend« zur DvFP über. Nach eigenen Angaben hat Kube dabei 3 000 Mitglieder des von der Berliner »Bismarck-Jugend« abgespaltenen »Bismarck-Orden« zur DvFP herübergezogen.<sup>50</sup> Zuvor schon hatte es eine Jugendorganisation der DvFP gegeben, die sich »Graf York von Wartenburg« nannte.<sup>51</sup> Kube wurde erster Hochmeister des »Bismarck-Ordens« und Berliner Gauleiter der DvFP.<sup>52</sup>

Nach der Verhaftung Grüttes wurden nun auch die anderen Mitglieder der Hermsdorfer Ortsgruppe des »Bismarck-Ordens« verhört. Sie bestätigten, daß Grütte wiederholt mit der Mordtat geprotzt habe und dabei glaubte, eine »Heldenrolle« zu spielen.<sup>53</sup> Er habe ihnen eine Pistole gezeigt und gedroht, er »würde jeden, der über die Mordtat spräche, kaltblütig niederschießen, wobei er das Wort »kaltblütig« besonders betonte«<sup>54</sup>. Niemand habe deshalb zunächst gewagt, ihn anzuzeigen. Außerdem habe Grütte ständig mit seinen engen Beziehungen zu den Vorkämpfern der Deutschvölkischen Freiheitsbewegung geprotzt.

Inzwischen hatten die polizeilichen Ermittlungen ergeben, daß es sich bei dem angeblichen Oberleutnant Müller um den am 16. Mai 1895 in Rheydt geborenen, steckbrieflich gesuchten Heinrich (Heinz) Dammers handelt. Dammers, der in dem Polizeibericht als »Hochstaplernatur« bezeichnet wird, war wegen schwerer Urkundenfälschung, Betruges und anderer Delikte verurteilt worden, nach einem Strafhafturlaub aber spurlos verschwunden.<sup>55</sup>

Der verschollene Oberleutnant Müller alias Dammers wurde trotz intensiver Suche weder tot noch lebendig gefunden. Gefunden wurden lediglich Sachen von Dammers, die interessante Aufschlüsse über das Beziehungsgeflecht der rechtsradikalen Szene geben. Aus den beschlagnahmten Briefen ergab sich, daß Müller-Dammers während der Gefängnishaft eine lebhafte Korrespondenz mit den wegen der Ermordung Walther Rathenaus ebenfalls im Zuchthaus einsitzenden Brüdern Techow und Willi Günther hatte. Auch mit der Mutter Techows, Frau Gertrud Techow, korrespondierte Dammers aus dem Gefängnis heraus. Der Frau Techow hatte damals die Mutter Rathenaus, Frau Mathilde Rathenau, jenen ehrwürdigen Brief geschrieben, der während des Rathenauprozesses verlesen wurde: »Im namenlosen Schmerz reiche ich Ihnen, Sie ärmste aller Frauen, die Hand. Sagen Sie Ihrem Sohn, daß ich im Namen und Geiste des Ermordeten ihm verzeihe.«<sup>56</sup> Die in diesem Brief zum Ausdruck kommende menschliche Größe wurde jedoch von

der Frau Techow nicht erwidert. Ohne die Spur für das Grausige der Untat ihrer Söhne schrieb sie in einem Brief vom 2. Februar 1923 an den inhaftierten Heinrich Dammers: »Sie dürfen sich über die Bezeichnung Mörder nicht aufregen. Die Zeitungen, die diesen Ausdruck bringen, sind jüdisch, und das sagt alles.«<sup>57</sup>

Müller-Dammers konnte trotz aller Nachforschungen auch weiterhin nicht gefunden werden. Nun widerrief Grütte sein Geständnis. Er habe mit dem angeblichen Mord nur vor seinen Parteifreunden angegeben und als »Mann der Tat« in einem günstigen Licht dastehen wollen.<sup>58</sup> Da auch die Polizei Grütte für einen Angeber hielt, wurden die Nachforschungen eingestellt und R. Grütte entlassen.

Am 12. Mai 1924 meldeten die Zeitungen in Berlin unter der Überschrift »Raubmord im Tegeler Forst« den Fund einer grausig entstellten, schon halb verwesten Leiche, die mehrere Einschüsse aufwies und deren sämtliche Taschen ausgeraubt worden waren.<sup>59</sup> Die Polizei tappte zunächst im Dunkeln. Doch schließlich konnte die gefundene Leiche als die des verschollenen Heinrich Dammers identifiziert werden. Die nun erneut aufgenommenen Ermittlungen gegen R. Grütte ergaben, daß dieser sich längst abgesetzt hatte: zunächst nach München, wo er von dem »Bayrischen Ordnungsblock«, einem Zusammenschluß rechter Organisationen, versorgt wurde, dann nach Wien und schließlich, als er von dem Fund der Leiche im Tegeler Forst erfahren hatte, nach Budapest, wo er sich als politisch Verfolgter ausgab und um Asyl nachsuchte.<sup>60</sup> Das rechtsgerichtete Horthy-Regime hatte damals zahlreichen Rechtsradikalen politisches Asyl gewährt, gemeine Kriminelle hingegen ausgeliefert. In den Auslieferungsanträgen hatte deshalb die Berliner Kriminalpolizei die Mordsache Dammers-Grütte als gemeinen Raubmord bezeichnet. Außerdem sei gegen R. Grütte ein Verfahren wegen »widernatürlicher Unzucht« anhängig, da R. Grütte und H. Dammers eine homosexuelle Beziehung gehabt haben sollen.

Um die Auslieferung zu verhindern, hatte R. Grütte die deutschvölkischen Parteiführer Wulle, Kube, Ahlemann und Graf Reventlow gebeten, ihm schriftlich zu bestätigen, daß er »nur aus idealen Gründen für die deutschvölkische Partei tätig gewesen sei«<sup>61</sup>.

Daraufhin gaben die völkischen Abgeordneten gegenüber der ungarischen Regierung bei den Auslieferungsverhandlungen um R. Grütte-Lehder die ehrenwörtliche Erklärung ab, daß die Tat eine politische sei.<sup>62</sup> Von dem Grafen Reventlow will R. Grütte einen Brief erhalten haben, in dem dieser betont habe, »er kenne mich ganz genau, aus seinem persönlichen Umgang heraus könne er sagen, daß es ausgeschlossen sei, daß ich die Tat aus anderen als politischen Motiven begangen hätte«. Er wisse dies so genau, daß er »seine Ehre an den politischen Charakter binde«.<sup>63</sup>

Nicht zuletzt wegen dieser Bestätigungen, die R. Grütte als politischen Gesinnungstäter bezeichneten, zog sich das Auslieferungsverfahren endlos hin, bis Grütte schließlich 1925 doch ausgeliefert wurde, »da die ungarische Behörde trotz der gegenteiligen Bemühungen Grüttes an keinen politischen Mord glaubte, sondern ein gemeines Verbrechen und homosexuelle Verfehlungen für vorliegend erachtete«<sup>64</sup>.

Nun aber wurde der »Fall Grütte« brisant. Denn Grütte behauptete in der Hauptverhandlung, den Mord an Dammers auf Wunsch der Reichstagsabgeordneten Wulle, Kube und Ahlemann begangen zu haben. Daraufhin wurden zusätzlich die gerichtlichen Vorermittlungen gegen Ahlemann und Genossen wegen

Anstiftung zur Ermordung Heinrich Dammers eingeleitet. Der »Fall Grütte« wurde nun auch zum »Fall Deutschvölkische Freiheitspartei«.

Die Ermittlungsakten in der Strafsache Grütte-Lehder und der Voruntersuchung gegen Ahlemann und Genossen füllen ganze 19 Bände; sie geben einen guten Einblick in das Milieu der DvFP und das Beziehungsgeflecht der rechtsradikalen Verbände.<sup>65</sup> Danach ergibt sich folgendes Bild: Grütte schloß sich in Hermsdorf zunächst der »Reinhard-Organisation« an, die ihren Namen nach dem bereits erwähnten Führer des Regiments, Oberst Wilhelm Reinhard, ableitete. Diese Organisation hatte sich die Aufgabe gestellt, den »waterländischen Gedanken und die körperliche Ertüchtigung«<sup>66</sup> zu pflegen. In Wirklichkeit war sie eine militärisch aufgezogene Organisation. Ihr Führer in Hermsdorf war der Studienrat Dr. phil. Wolfgang Kleist, der an der Oberrealschule Pankow unterrichtete, die bis 1922 auch Grütte-Lehder, wie eine ganze Reihe anderer Schüler aus Hermsdorf, besucht hatte.

Studienrat Dr. Kleist warb unter seinen Schülern für den Eintritt in rechtsradikale Organisationen, besonders die »Reinhard-Organisation«, die in ganz Berlin verbreitet war, wobei die Kleistsche Organisation nur eine Kompanie der Gesamtorganisation darstellte.<sup>67</sup> Unter Führung von Dr. Kleist wurden regelmäßig Soldatenspiele und vormilitärische Übungen veranstaltet, wobei die etwa 50 Jugendlichen der Hermsdorfer Gruppe neben Schieß- und Marschübungen auch über Straßenkampf, Angriff, Verteidigung und Waffenkunde instruiert wurden.<sup>68</sup> Dr. Kleist verfügte offenbar auch über gute Kontakte zu den Führern der »Schwarzen Reichswehr«, denn einen Teil seiner Jugendlichen, so auch Grütte-Lehder, vermittelte er zwecks militärischer Weiterbildung zu dieser illegalen Organisation.<sup>69</sup>

Im Mai 1923 trat Grütte im Fort Hahneberg bei Staaken seine sechswöchige militärische Ausbildung an. Kommandant des Forts Hahneberg war ein Hauptmann, der unter dem Decknamen Stumpf bekannt war; in Wirklichkeit handelte es sich aber um den bekannten Polizeihauptmann Walther Stennes, dem späteren SA-Obergruppenführer Ost.<sup>70</sup> Dort wurde Grütte am Gewehr, der Maschinenpistole und im Exerzieren ausgebildet. Als Zweck der militärischen Ausbildung wurde ihm angedeutet, daß man »gegebenenfalls gegen die Kommunisten losziehen müsse. Das wurde vom Hauptmann Stumpf erwähnt, der eine Ansprache an uns hielt und eine Parade abnahm. Wenn ich nicht irre, ist Exzellenz Reinhard auch in Fort Hahneberg gewesen [...]«.<sup>71</sup> Grütte gab des weiteren an, daß in Fort Hahneberg umfangreiches Kriegsmaterial deponiert worden war: Gewehre, Minenwerfer, Maschinengewehre, Leuchtpistolen sowie Handgranaten, mit denen auch geübt worden sei.<sup>72</sup> Alles unter strengster Geheimhaltung. »Bei der Entlassung im Fort Hahneberg wurde uns vom Hauptmann Stumpf eröffnet, daß die, die über das Fort Hahneberg sprechen würden, kalt gemacht würden.«<sup>73</sup>

Nach dieser Ausbildung ging Grütte zurück nach Hermsdorf und schloß sich nun auch der dortigen neu gegründeten Ortsgruppe des »Bismarck-Ordens« an, die sich »Graf Gneisenau« nannte und über die er ebenfalls Mitglied der verbotenen DvFP bzw. des »Deutschen Herolds« wurde.

Ein Teil der Jugendlichen der Kleist-Gruppe war zur neuen Ortsgruppe übergewechselt, so auch Grütte. Innerhalb der Hermsdorfer Ortsgruppe des »Bismarck-Ordens« spielte Grütte alsbald eine gewisse Rolle; denn dieser wurde übereinstim-

mend als ein »überspannter, renomnistischer Charakter« geschildert, der »weit über seine Jahre hinaus gereift« war und »demzufolge auf seine Altersgenossen einen bestimmenden Einfluß« ausübte.<sup>74</sup> Nach Auskunft von Grütte soll jener Teil der Jugendlichen der Hermsdorfer Ortsgruppe, die bereits militärisch ausgebildet waren, gesondert zusammengefaßt und über einen Hauptmann Knebel, einem Vertrauensmann von Roßbach, auch Mitglied einer Formation der »Roßbach-Organisation« geworden sein.<sup>75</sup> Ende September 1923 ging Grütte aus eigenem Antrieb noch einmal zum Fort Hahneberg, um sich dem Hauptmann Stumpf »zur Verfügung« zu stellen. »Der Hauptmann schickte mich jedoch mit dem Bemerkten wieder nach Hause, daß augenblicklich »noch nichts los sei«, und daß ich abwarten solle, was weiter geschehe.«<sup>76</sup>

So konnte sich Grütte ganz der Parteiarbeit widmen; und er tat es nach übereinstimmenden Aussagen mit großem Fanatismus. Im Auftrag der Ortsgruppe fuhr er ins Parteibüro in der Dessauer Straße 6, um dort Werbematerialien und Parteiabzeichen (weißes Feld mit rotem Rand und schwarzem Hakenkreuz) zu holen. Hier lernte er zunächst den Abgeordneten Ahlemann, später auch den stellvertretenden Parteivorsitzenden Wulle sowie dessen Privatsekretärin, Frau Elsbeth Zander, kennen.

Frau Elsbeth Zander, geboren am 17. April 1888 in Halberstadt und wohnhaft in Berlin, Flottwellstraße 14, bei ihren Eltern, war die einzige Frau, die nach 1918 in der rechtsradikalen Bewegung in Berlin eine führende Rolle spielte. 1924 gründete sie den »Deutschen Frauenorden«, deren erste Hochmeisterin sie wurde. Der »Deutsche Frauenorden« bildete die Keimzelle der späteren Berliner NS-Frauen-schaft, deren Leitung ebenfalls Frau Zander übernehmen sollte.<sup>77</sup>

Wulle lernte Grütte wahrscheinlich dadurch kennen, daß er ihm abfällige Bemerkungen hinterbrachte, die Dr. Kleist in Hermsdorf über diesen verbreitet haben soll. Dr. Kleist habe auf einer Versammlung in Hermsdorf den deutschvölkischen Führer »einen Lügner, einen gemeinen Schwindler genannt«. Grütte: »Das konnte ich natürlich auf den Abgeordneten Wulle, meinem Führer [...], nicht sitzen lassen.«<sup>78</sup> Er informierte Wulle, der nun gegen Dr. Kleist vorging. Dieser Kleist hat später bei seiner Vernehmung den Sachverhalt bestätigt: »Ich hatte in der Tat abfällige Bemerkungen über den Abgeordneten Wulle gemacht, die ihm, wie ich bestimmt annehmen muß, nur von Grütte-Lehder hinterbracht sein konnten. Daraufhin erhielt ich von Wulle durch seinen Rechtsanwalt [...] ein Schreiben, in dem er mich um Aufklärung ersuchte bzw. Klage androhte.«<sup>79</sup>

Im Oktober will Grütte nun beinahe täglich mit den Parteiführern im Parteibüro zusammengetroffen sein. Dabei seien auch, zunächst eher beiläufig, Aktivitäten und Ziele der Partei zur Sprache gekommen. Oft seien Putschpläne erwähnt worden. Auch die Parole für den bevorstehenden Putsch will Grütte erfahren haben: »Für Graefe-Hitler-Ludendorff«.<sup>80</sup> Rund um Berlin stünden 8 000 Männer der »Roßbach-Formationen« und in Bayern dränge Hitler zum Losschlagen.<sup>81</sup> »Der Haß, der Fanatismus«, so Grütte weiter, »welcher sich in der deutschvölkischen Bewegung zusammenfindet, richtete sich in diesen Tagen ganz besonders gegen den preußischen Innenminister Severing, von dem das Verbot der Deutschvölkischen Freiheitspartei ausgegangen war. Wenn die Rede auf den preußischen Innenminister kam, wenn nur sein Name genannt wurde, geriet der Abgeordnete Ahlemann in eine Art – wenn der

*Ausdruck hier gestattet ist – Tobsuchtsanfall: »Diese ganze Bande – darunter verstand er nicht nur den Innenminister Severing, sondern auch dessen Sekretärin Käte Rosenheim sowie den politischen Polizeichef, Regierungsdirektor Dr. Weiß, – [...] diese ganze Bande müsse gehängt werden; und es werde auch noch geschehen. In dieser Tonart sprach er so oft und so lange auf mich ein, bis ich eines Tages die Frage aufwarf und direkt an ihn richtete, ob es im Interesse unserer Sache erwünscht oder der Sache dienlich sei, wenn ein Attentat unternommen würde.«* Dieser Vorschlag, ein Attentat gegen Severing und andere herbeizuführen, war nach Grütte keine feste Absicht, sondern habe sich erst aufgrund der erregten Unterhaltung ergeben, wobei er zunächst auch nur in Erfahrung habe bringen wollen, wie Ahlemann grundsätzlich zu solch einem Plan stünde. Ahlemann habe zunächst geschwiegen, dann ausgerufen: *»Au, was werden die Juden brüllen!«*, und schließlich hinzugefügt, damit müsse man wohl noch etwas warten.<sup>82</sup> Bei einem späteren Besuch im Parteibüro hat Ahlemann nach Aussage von Grütte noch erwähnt, *»es sei das Beste, wenn der Umsturz, der doch bald kommen müsse, durch Attentate eingeleitet werde, die natürlich gleichzeitig zu erfolgen hätten, die gewissermaßen der Auftakt und das Signal zum Loschlagen wären. Natürlich mußte so etwas gut ausgedacht werden, oder – wie sich Herr Ahlemann damals ausdrückte – die Sache müsse gut aufgezoogen werden [...]«*<sup>83</sup>. Der Abgeordnete Ahlemann hat diese Angaben nicht bestätigt. Nach seiner Aussage hat sich der Vorgang wie folgt abgespielt: Bei einer Unterredung im Parteibüro habe Grütte ihm erzählt, daß er wegen einer Schlägerei Differenzen mit seinem Elternhaus habe und aus Berlin verschwinden wolle. Daraufhin habe er ihm angeboten, für eine Unterbringung in Oberschlesien zu sorgen, wobei er sich dachte, daß Grütte *»in dem genannten Gebiet in Anlehnung an die dortigen Roßbach-Organisationen politische Kleinarbeit leisten könne«*<sup>84</sup>. In diesem Zusammenhang – so Ahlemann – sei wohl auch der Name des Hauptmanns Peter von Heydebreck erwähnt worden.<sup>85</sup> Folglich muß Ahlemann mit dem berüchtigten ober-schlesischen Freikorpsführer und späteren Stettiner SA-Chef in Verbindung gestanden haben. Bei dieser Unterhaltung hat nach der Darstellung von Ahlemann Grütte dann ganz unvermutet an ihn die Frage gerichtet: *»Herr Oberleutnant, dürfen wir Severing umbringen?«* Hinzugefügt habe er noch, er hätte eine Kolonne dazu; die Hermsdorfer seien dazu bereit. Ahlemann, der über dieses Ansinnen vollständig überrascht gewesen sein will, habe daraufhin – so Ahlemanns Darstellung – Grütte in ruhiger und bestimmter Weise die Torheit solch eines Unternehmens dargelegt.<sup>86</sup> Auch die Äußerungen über Severing seien nicht so gewesen, wie dies Grütte behauptete. Er bestreite zwar nicht, daß er in Privatgesprächen sich über Severing oder Weiß in scharfer Weise ausgedrückt habe. *»Ich habe meiner Erinnerung nach bei dem kurzen Gespräch, das ich mit ihm auf seinen Mordvorschlag hin gehabt habe, zu ihm etwa gesagt: »Die Leute werden später sämtlich mal ihren ordentlichen Richter finden.«*<sup>87</sup> Zu den Putschplänen sagte Ahlemann: *»Es bestanden von Seiten der deutsch-völkischen Freiheitspartei überhaupt keine Putschpläne. Es ist vollständig unrichtig, die deutsch-völkische Freiheitspartei in Verbindung mit dem Hitlerputsch in Bayern zu bringen. Eine Parole Graefe-Hitler-Ludendorff ist mir vollständig unbekannt [...]«*<sup>88</sup> Von dem Küstriner Putsch der *»Schwarzen Reichswehr«* sei er völlig ununterrichtet gewesen.<sup>89</sup>

Ähnlich äußerte sich auch der Zeuge Henning, der ebenfalls zu den Anschuldi-

gungen Grüttes vernommen wurde: »Wenn Grütze-Lehder behauptet, daß schon im Frühjahr oder Sommer 1923 eine Putschparole Graefe-Hitler-Ludendorff bestanden habe, so ist das unwahr. Die Leitung der deutschvölkischen Freiheitspartei ist von dem Hitlerputsch in München vollständig überrascht worden. Herr v[on] Graefe war am 9. November zu einer Besprechung nach München eingeladen worden; und als er am 9. November in München eintraf, stand er vor einer vollendeten Tatsache. Wir selbst waren durch das Vorgehen Hitlers vollkommen überrascht und erstaunt, daß er mit keiner Silbe uns von seinem Vorhaben gesagt hatte oder uns um Rat gefragt hatte.«<sup>90</sup> Es stellt sich dann allerdings die Frage, warum Herr von Graefe in vorderster Reihe am Marsch durch München teilgenommen hat, oder will der deutschvölkische Parteiführer etwa nicht bemerkt haben, an was für einen Umzug er sich da beteiligt hat?

Zu den Putsch- und Attentatsplänen wurden schließlich auch die Mitglieder der Hermsdorfer Ortsgruppe befragt. Deren Aussagen ergaben ein widersprüchliches Bild. Alle waren natürlich bestrebt, sich selber möglichst wenig zu belasten. Doch kam übereinstimmend zum Vorschein, daß fast alle damals, im Herbst 1923, mit einem »Putsch rechneten und daß sie im Falle des Gelingens hofften, sich Geld zu machen«<sup>91</sup>. Zu den konkreten Putschvorbereitungen befragt, äußerte einer der Vernommenen: »In der Hermsdorfer Gruppe des Bismarckordens sei davon gesprochen worden, daß man sich Lastautomobile besorgen müsse, um im Falle eines Putsches die Mitglieder des Bismarckordens schnell an bestimmte Plätze befördern zu können. Man dachte daran, daß im Falle eines Putsches möglicherweise ein Generalstreik ausbrechen könnte und es dann unmöglich wäre, mit der Bahn nach Berlin zu gelangen.«<sup>92</sup> Von einem konkreten Attentatsplan auf Severing wollten die Mitglieder der Hermsdorfer Gruppe bei ihrer Vernehmung jedoch nichts wissen. Dies sei so eine Idee des Grütze gewesen, hieß es. Ein Zeuge gab an, Grütze habe ihm »einen Zettel gezeigt von Personen, die er angeblich umbringen wollte, und auf diesem Zettel stand auch der Name Severing«<sup>93</sup>. Im übrigen aber, so ein weiterer Zeuge, sei unter uns jungen Leuten damals hin und wieder davon geredet worden, daß »es gut sei, wenn diese oder jene Persönlichkeit um die Ecke gebracht würde, ohne daß dabei von einem festen Plan die Rede gewesen ist«<sup>94</sup>. Die weitere Befragung ergab, daß die Hermsdorfer Ortsgruppe sich sonst noch mit spiritistischen Sitzungen beschäftigte, »um auf Grund des Buches von Dinter »Sünde wider dem Geist« die Behauptungen dieses Verfassers nachzuprüfen«<sup>95</sup>.

Soweit die Befragungen zu den von Grütze behaupteten Attentats- und Putschplänen innerhalb der DvFP, die darlegen, daß zumindest in der Hermsdorfer Jugendorganisation der DvFP von Putschplänen gesprochen wurde und insofern im Widerspruch zu den Aussagen der deutschvölkischen Parteiführer stehen, die von solchen Plänen nichts wissen wollten.

In jenem Herbst 1923, als Grütze beinahe täglich im Parteibüro der DvFP gewesen sein will, erhielt er auch einen Brief von einem Bekannten aus Köln. In diesem Brief wurde Grütze, der sehr zum Leidwesen seiner Pflegeeltern seit Beendigung der Schulzeit im Februar ohne feste Arbeit war<sup>96</sup>, nach eigener Auskunft aufgefordert, sich »nach Eggesin in Vorpommern zu einem Oberleutnant a.D. Heinz Müller zu begeben, der mich als guten deutschen Mann dort wohl verwenden könnte«<sup>97</sup>. Dieser Bekannte habe ihm ferner mitgeteilt, daß der Müller Mitglied der »Organi-

sation Consul« (O.C.) sei und zuverlässige Leute brauche. »Ich habe mich daher, so Grütte, »dem Müller für besonders gefährvolle Aktionen, die vielleicht von Leuten der O.C. ausgeführt werden sollten, angeboten.«<sup>98</sup> In dem Brief, den Grütte an »Oberleutnant Müller« richtete, hieß es u.a.: »Ich bin 17 Jahre alt, bei der Schwarzen Reichswehr notdürftig ausgebildet und verstehe, ein Automobil zu führen. Vor vier Wochen trat ich von Reinhard zu Roßbach über, weil Reinhard nicht völkisch ist. Bitte geben Sie mir Nachricht, ob Sie mich brauchen können, wann und wo ich mich einfinden soll, ob und wieviel zuverlässige Leute ich mitbringen soll.«<sup>99</sup>

Am 21. Oktober 1923 traf Grütte in Eggesin ein. Er wurde von Müller in Empfang genommen und auf dem benachbarten Gut Rochow untergebracht, wo er von dem Gutsverwalter als »Flurschutzbeamter« angestellt wurde. Tatsächlich haben Grütte und Müller in der Folgezeit sich fast ausschließlich politisch betätigt.

Der »Oberleutnant a.D. Müller« war hier in Eggesin und Umgebung mittlerweile eine bekannte Person. Als angeblicher Ruhrflüchtling war er von der DNVP nach Eggesin gebracht und hier eingeführt worden. Anfangs betätigte sich Müller auch in Eggesin für die DNVP und nahm unter anderem auch Spenden einiger Ziegeleibesitzer für diese entgegen.<sup>100</sup> Doch dann wechselte er zum »Deutschen Herold« über, wobei er auch die entgegengenommenen Spenden mitnahm, was dann später zu einer Privatklage zwischen den beiden Parteien führte.<sup>101</sup> Bei dem Geschäftsführer des »Deutschen Herold« in Ueckermünde, dem Zahnarzt Dr. Ulrich Heintz, führte sich Müller ein, in dem er verschiedene Schreiben aus der Geschäftsleitung des »Deutschen Herold« in Berlin vorlegte, unter anderem ein Schreiben mit der Unterschrift des Oberleutnant a.D. Ahlemann. Daraufhin richtete Dr. Heintz mit den überführten Spendengeldern ein Konto des »Deutschen Herold« auf den Namen des Müller ein. Später stellte sich heraus, daß die vorgelegten Schreiben der Berliner Geschäftsleitung wahrscheinlich gefälscht waren und Müller von dem Konto erhebliche Beträge abgehoben hatte, um vor allem sein eigenes Faulenzerdasein zu finanzieren.<sup>102</sup>

Grütte und Müller, die nach den ersten, später dann widerrufenen Aussagen von Grütte nach wenigen Tagen auch in eine homosexuelle Beziehung zueinander traten, gingen nun daran, Ortsgruppen des »Deutschen Herold« in Vorpommern zu gründen. Zu diesem Zweck wurde auch der Abgeordnete Ahlemann eingeladen. Grütte behauptete, daß er Ahlemann sechs oder acht Briefe aus Vorpommern geschrieben und von ihm drei Briefe zur Antwort erhalten habe, und daß diese Briefe sich neben den Vorbereitungen von Werbeversammlungen für den »Deutschen Herold« in der Hauptsache mit dem Attentatsplan auf Severing befaßt hätten.<sup>103</sup>

Ahlemann gab an, daß er überrascht war, Nachricht von Grütte aus Vorpommern zu bekommen, da er diesen doch in Oberschlesien vermutete. Er bestätigte den Erhalt einiger Briefe. »Ich nehme an, daß ich mehrere Briefe, sicherlich wohl drei Briefe, von ihm bekommen habe.«<sup>104</sup> Ein Brief sei mit roter Tinte geschrieben und Ahlemann räumte ein, daß dieser Brief wohl versiegelt war und ihm durch einen Boten überbracht worden sei. Dieser Brief, so Ahlemann, beschäftigte sich »mit einem Attentatsplan gegen Severing etwa dahingehend, daß er ein Maschinengewehr zu diesem Zweck brauche. [...] Ich habe den Brief mit diesem phantastischen Vorschlag

sofort dem Abgeordneten Kube gezeigt, der ihn durchlas. Wir haben beide noch über diese verrückte Idee gelacht; und ich sagte noch, wenn die Schergen von Severing diesen Brief fänden, das wäre ein gefundenes Fressen.«<sup>105</sup> Kube schlug vor, den Brief zu verbrennen, was Ahlemann auch sofort getan haben will.<sup>106</sup>

Am 3. November 1923 traf Ahlemann in Eggesin ein, wo er am Bahnhof von Müller und Grütte empfangen wurde. »Nach Grütte-Lehders Behauptung hat Ahlemann ihm gleich nach der Begrüßung in ernstem Ton gesagt, daß es unverständlich sei, solche Briefe in dieser unvorsichtigen Form zu schreiben, er hätte darüber doch in verhüllter Form schreiben können. Ahlemann dagegen stellte die Sache so dar, daß er dem Grütte-Lehder den Kopf gewaschen habe, weil er einen derart törichten und bedenklichen Brief an ihn geschrieben habe.«<sup>107</sup> Am Abend des 3. November und am folgenden Tag sprach dann Ahlemann in Eggesin und Ueckermünde auf den von Grütte und Müller organisierten Versammlungen. Beide waren gut besucht und im Ergebnis dieser Versammlungen entstanden zwei Ortsgruppen, deren Vorsitz Grütte übernehmen sollte, der jedoch unter Hinweis auf sein junges Alter ablehnte und Müller vorschlug. Müller hat dann den Vorsitz der beiden Ortsgruppen übernommen.<sup>108</sup>

Müller geriet jedoch aufgrund seiner dunklen Finanzgeschäfte und seiner phantastischen Redereien immer mehr ins Zwielficht. Nach Dr. Heintz hat Müller seinen Namen derartig oft gewechselt, daß man sich den jeweiligen gar nicht mehr merken konnte. So nannte er sich zeitweilig Graf Strachwitz aus Oberschlesien, dann wieder Dr. phil. Berger, Mertens oder Oberleutnant Wacker.<sup>109</sup> Auch als Prinz Oskar von Preußen trat er gelegentlich auf.<sup>110</sup> Ebenso mysteriös stellte sich sein Vorleben dar: Ahlemann gab bei seiner Vernehmung an, ihm habe Müller erzählt, er komme tatsächlich aus Oberschlesien. Dort habe er »einen katholischen Pfarrer, der mit den Polen in Verbindung gestanden haben sollte, standrechtlich ohne Untersuchung erschießen lassen«<sup>111</sup>. Grütte wiederum sagte über Müller aus: »Er bezeichnete sich der wahnsinnigsten Dinge, großer Unternehmungen: er habe 40 Kommunisten im mitteldeutschen Aufstand erschossen, ebenso mehrere katholische Pfarrer in Oberschlesien, als er dort war, kurz, er renommierte auf eine Art, die schließlich auffiel, selbst in Vorpommern auffiel.«<sup>112</sup> Solche Taten standen offenbar in den deutschvölkischen Kreisen hoch im Kurs. Bei den Parteifreunden in Vorpommern entstand nun aber der Verdacht, daß Müller – der auch ständig Post unter verschiedenen Namen erhielt (unter anderem von dem wegen Mordes an Rathenau verurteilten Ernst Techow) – ein Hochstapler oder noch schlimmer: ein gefährlicher Spitzel sei. Diesen Verdacht äußerte nicht nur Grütte, sondern auch Dr. Heintz, der Müller aufforderte, mit ihm zur Klärung seiner Person ins Berliner Parteibüro zu fahren.<sup>113</sup> Am 12. November 1923 fuhren Müller und Dr. Heintz nach Berlin. Grütte schloß sich ihnen an. Alle drei wurden von dem Abgeordneten Wulle empfangen. Über den Inhalt des kurzen Gesprächs ist wenig bekannt. Dr. Heintz reiste jedenfalls mittags wieder nach Ueckermünde zurück.

Am 14. November trafen sich Grütte und Müller abermals im Parteibüro. Grütte will allein in das Vorzimmer von Wulle gegangen sein und dort zwei Parteiangestellten gesagt haben, draußen stünde Müller, der in Wirklichkeit Dammers hieße. Dieser sei ein Spitzel, der Verrat plane.<sup>114</sup> Die beiden damaligen Parteiangestellten bestätigten, daß Grütte Müller einen Spitzel genannt hat.<sup>115</sup> Anwesend

war auch der Leutnant von Tettenborn, der in der Partei für die Organisation der Jugendgruppen zuständig war.<sup>116</sup> »Der Zeuge v[on] Tettenborn hat angegeben, daß er sich im Vorzimmer des Angeschuldigten Wulle befunden habe, als ihm ein sehr aufgeregter junger Mensch zugeführt wurde, der ihm als Grütte-Lehder bezeichnet wurde, und der ihm erzählt habe, der Ortsgruppenführer in Eggesin sei kommunistischer Spitzel, habe Gelder unterschlagen und anderes mehr; er, Grütte-Lehder, würde die Sache in die Hand nehmen und in Ordnung bringen [...]. Grütte-Lehder habe auch angedeutet, daß Müller beseitigt werden müsse.« Daraufhin will von Tettenborn dem aufgeregten, mit den Händen gestikulierenden Grütte gesagt haben: »Wenn Grütte-Lehder irgend etwas gegen den angeblichen Spitzel vornähme, so wäre er, von Tettenborn, der erste, der zur Polizei ginge.«<sup>117</sup>

Dann ist Grütte allein von Wulle empfangen worden. Die Versionen der nun folgenden Unterhaltung unterscheiden sich wieder. Grütte behauptete, daß er Wulle erklärt habe, Müller habe ihm wichtige Papiere weggenommen, die sich auf das Severing-Attentat bezögen; und es bestünde kein Zweifel, daß er sie verraten würde. Aus den Briefen ginge unzweifelhaft hervor, daß verschiedene Parteiführer mit dem Attentatsplan in engem Zusammenhang stünden. Ferner habe er mitgeteilt, daß Müller Parteigelder für sich verbraucht habe.<sup>118</sup> Durch diese Mitteilung sei der Abgeordnete Wulle in Aufregung geraten und habe sogleich den Herrn Kube ins Zimmer gerufen, der kaum gehört, um was es sich handelte, nach Grütte ausrief. »Da haben wir die Schweinerei!«<sup>119</sup> Wulle habe dem Grütte zu verstehen gegeben, daß es »nun seine Sache sei, das wieder gut zu machen. [...] Kube habe gesagt, da müsse etwas geschehen. Wulle habe hinzugesetzt, solche Leute müßten beseitigt werden.«<sup>120</sup> Grütte will daraufhin den Abgeordneten Wulle ersucht haben, ihm einen schriftlichen Ausweis auszustellen, um sich vor den Kameraden ausweisen zu können. Wulle habe Kube angewiesen, den Ausweis auszustellen.<sup>121</sup> Tatsächlich besaß Grütte den undatierten, von Kube eigenhändig geschriebenen Ausweis:

»Berlin SW 11, Dessauer Str. 6

Ausweis

Herr Robert Grütte-Lehder, Berlin Waidmannslust, ist von Herrn Reichstagsabgeordneten Wulle bevollmächtigt, die für den »Deutschen Herold« erforderlichen Unterlagen im Falle Müller zu beschaffen.

I.A., Wilhelm Kube, Reichsgeschäftsführer

Stempel: Deutscher Herold Der Geschäftsführer.«<sup>122</sup>

Grütte will aufgrund dieser Unterhaltung den Wunsch bzw. sogar den Auftrag der Parteiführer erfahren haben, den »Spitzel Müller« zu beseitigen. Unter Vorlage des von Kube ausgestellten Ausweises besorgte er sich von einem Hermsdorfer Parteifreund eine Pistole.<sup>123</sup> Einigen Bekannten in Hermsdorf erzählte Grütte, er müsse Müller erschießen. Wulle und Kube wünschten die Tat. Jene gaben später an, sie hätten das Gerede von Grütte damals nicht ernst genommen.<sup>124</sup> Ein erster Mordversuch am 15. November scheiterte, weil die Pistole im kritischen Moment versagte. Ein bei diesem Versuch als Dritter anwesender Hermsdorfer Partei-

freund, der als etwas beschränkt geschildert wird, will von dem ganzen Vorgang nichts bemerkt haben. Als ihm das Ganze unheimlich vorkam, sei er davongelaufen. Der zweite Versuch am 17. November klappte dann. Bei einem nächtlichen Spaziergang im Tegeler Forst hat Grütte den Müller durch mehrere Pistolenschüsse von hinten getötet und anschließend ausgeraubt.<sup>125</sup>

In den folgenden Tagen hat Grütte wiederholt vor seinen Hermsdorfer Parteifreunden mit der Tat geprahlt und »sie als völkische Heldentat hingestellt«<sup>126</sup>.

Drei Tage nach dem Mord, am 20. November 1923, begab sich Grütte erneut zu dem Parteibüro, wo er dem Abgeordneten Wulle gesagt haben will, der Spitzel Müller sei »besorgt«, woraufhin Wulle ihm vorgeschlagen habe, zurück nach Vorpommern zu gehen und weiter für die DvFP tätig zu sein<sup>127</sup> und ihm zu diesem Zweck den folgenden Ausweis ausstellte, der dann auch bei Grüttes Verhaftung gefunden wurde:

»Reichstag [...] Berlin NW. 7, 20.11.23  
Herrn Robert Grütte-Lehder [...] Herr Robert Grütte-Lehder ist in unserem Auftrag für die völkische Freiheitsbewegung tätig und hat die Aufgabe, Vorpommern zu organisieren. Wir bitten, ihn nach Kräften unterstützen zu wollen.  
Mit deutschem Gruß R. Wulle, M.d.R.«<sup>128</sup>

Nach Darstellung von Kube und Wulle hat sich der ganze Vorgang ganz anders abgespielt. Von Papieren, die sich auf ein Severing-Attentat bezögen und die Müller dem Grütte weggenommen haben soll, sei bei der Unterredung am 14. November keine Rede gewesen, lediglich von Unterschlagungen des Müller. Der von Kube ausgestellte Ausweis habe sich somit auch nur auf die Untersuchung der Unterschlagungen bezogen, niemals aber auf einen versteckten Mordauftrag.<sup>129</sup> Wulle räumte zwar ein, daß der Ausdruck, »Solche Leute müssen beseitigt werden«, gefallen sein kann. Genau könne er sich auch daran nicht erinnern. Doch könne gar keine Rede davon sein, »daß ich damit ausdrücken wollte, Müller (Dammers) zu töten, sondern es ist eben eine unverfängliche Redewendung, wie sie jederzeit gebraucht wird, wenn man den Ausschluß einer Person aus einer Partei oder sonst einer Stelle zum Ausdruck bringen will«<sup>130</sup>.

Von Attentatsplänen auf Severing will Wulle nichts gewußt haben: »Ich will gleich hier einschalten, daß ich von dem Vorfall, wo Grütte-Lehder sich dem Mitangeschuldigten Ahlemann gegenüber erboten hat, Severing zu erschießen, damals keinerlei Kenntnis hatte. Ebensowenig von einem Schreiben, in dem er andeutet, mit Maschinengewehren den Severing erschießen zu wollen. Wenn mir dies bekannt gewesen wäre, so hätte ich in energischer Weise darauf gedrungen, daß Grütte-Lehder von der Partei ferngehalten würde, da er ihr nur die größten Schwierigkeiten bereitet hätte.«<sup>131</sup>

Bleibt die Frage, warum Ahlemann und Kube, die ja nachweislich von den Attentatsplänen wußten, den Grütte nicht von der Partei ferngehalten haben, sondern ihn im Gegenteil mit weitreichenden Aufträgen betrauten.

Die Ausstellung des Ausweises vom 20. November erklärte Wulle so: »Nun wurde uns mitgeteilt, daß Grütte-Lehder gemeinsam mit Müller für unsere Partei beachtliche Erfolge erzielt habe und zwar in Eggersin und Ueckermünde. Ich nehme an, daß Herr Ahlemann über diese Erfolge mit mir gesprochen hat und daß wir uns darüber

*einig geworden sind, es sei zweckmäßig, den jungen Grütte, der sich – wie gesagt – bewährt hatte und von dem wir nichts Ungünstiges wußten, weiter für uns wirken zu lassen, und daß wir deshalb, um ihm seine Tätigkeit zu erleichtern, den Ausweis vom 20. November ihm ausgestellt haben.»<sup>132</sup>*

Die überaus umfangreichen Ermittlungen gegen Grütte und die deutschvölkischen Parteiführer endeten schließlich so: Grütte wurde wegen Mordes zu acht Jahren Gefängnis verurteilt. In der Urteilsbegründung hieß es: *»Der Angeklagte hat sich in rechtsradikalen Organisationen sehr lebhaft betätigt, und das zu der Zeit des Hitler-Putsches, als die Wogen der politischen Bewegung sehr hoch gingen. Daß in dieser bewegten Zeit junge Leute, die sich im Kampfe fest zusammengeschlossen hatten, dachten, alles tun zu müssen, um ihrer Bewegung hochzuhelfen, kann geglaubt werden. [...] Beim Strafmaß war davon auszugehen, daß der Angeklagte, wenn er zwei Monate älter gewesen wäre, wegen Mordes zum Tode hätte verurteilt werden müssen.«* Doch habe das Gericht *»berücksichtigt, daß dem Angeklagten nicht zu widerlegen sei, daß er subjektiv der Überzeugung war, daß hinter seiner Tat seine Partei billigend stand«<sup>133</sup>.*

Die Ermittlungen gegen die deutschvölkischen Parteiführer wurden schließlich eingestellt und das Hauptverfahren nicht eröffnet. Ihnen konnte eine direkte Anstiftung zum Mord nicht nachgewiesen werden. Dennoch trifft die deutschvölkischen Führer zumindest eine moralische Mitschuld. Sie haben von Mord- und Attentatsplänen des Grütte gewußt und es unterlassen, hiervon die Polizei zu unterrichten. Stattdessen haben sie den jungen Grütte mit weitreichenden Vollmachten und Aufträgen betraut, die dieser in seiner überspannten, psychopathischen Art offenbar als Ermunterung verstand. Ihr Verhalten vermittelte dem unreifen Grütte nicht gerade den Eindruck, daß sie sich gegenüber seinen Plänen allzu ablehnend verhielten. Die ganze Atmosphäre, aus der dann schließlich der Mord geschah, sagt einiges über den Charakter der deutschvölkischen Partei aus. Es ist anzunehmen, daß Grütte seine Mord- und Attentatspläne überhaupt erst entwickelt hat, weil in der deutschvölkischen Partei und anderen Rechtsorganisationen eine *»entsprechende Stimmung«* dazu herrschte. Fest steht, daß eine Vielzahl von Zeugen aussagten, daß innerhalb dieser Kreise ein bevorstehender Putsch erwartet und davon ausgegangen wurde, daß diese oder jene Persönlichkeit *»um die Ecke gebracht«* werden sollte.<sup>134</sup> Von solchen Vorstellungen hat Grütte sich wohl leiten lassen, bis er in seinem Geltungsdrang glaubte, durch *»eine Tat«* nun mal etwas wirklich *»Großes«* für die deutschvölkische Sache tun zu müssen.<sup>135</sup>

Interessant ist auch, wie Grütte zu den Rechtsorganisationen kam. Vor Gericht sagte er aus, daß er sich in jenem Herbst und Winter 1923 in einem Zustand grenzenloser geistiger Verwirrung befunden habe, eine Aussage, die man ihm durchaus glauben kann. Aus seinem bisherigen Leben ergibt sich, daß Grütte sich als Jugendlicher besser in psychologische Behandlung als in die Hände der deutschvölkischen Führer begeben hätte.

Die Ehe der leiblichen Eltern Lehder war schon vor der Geburt völlig zerrüttet und wurde dann um die Zeit der Geburt gelöst. Das Kind wurde, erst 2 Monate alt, in Pflege gegeben und soll während der Pflegezeit außerordentlich vernachlässigt worden sein. Die Eheleute Grütte übernahmen den Pflegling, als er ein Jahr und fünf Monate alt war. Später haben sie ihn adoptiert.<sup>136</sup> In der Schule kam

Robert gut mit, fiel aber durch allerlei Streiche und schlechtes Betragen auf. »Das schlechte Betragen in der Schule, seine Teufeleien, wie er es selbst nannte, und alle weiteren Untaten während des Schülerlebens sind offenbar aus dem Drange entstanden, die Unmasse negativer Gefühle in irgendeiner Weise etwas abzureagieren. Die vorhandenen Unlustgefühle, die den geschilderten Quellen entsprangen, wurden ganz sicher noch dadurch gesteigert, daß andere Unlustgefühle vor, während und nach der Pubertät hinzukamen. Diese wurde, wie nach den glaubhaften Schilderungen geschlossen werden kann, durch sexuelle Verwirrungen verschiedenster Art bedingt und wirkten hemmend auf die sittliche Reifung.«<sup>137</sup> Sofern Grütte überhaupt Beziehungen zu Mädchen hatte, reizte ihn hierbei »wesentlich die Lust zu unterwerfen und zu herrschen«<sup>138</sup>. Mindestens ebenso stark wie seine sexuelle Erregung sei seine Machtgier gewesen. »Ja, er ist sogar der Meinung, daß er sein Leben für den Machttrieb stürmisch opfern könnte. Diesen Machttrieb und seiner Herrschsucht ist dadurch Vorschub geleistet worden, daß die meisten Menschen, mit denen er zusammentraf, sich ihm unverlangt unterwarfen. Traf er aber auf Stärkere, so versklavte er sich freiwillig und bedingungslos und leistete blinden Gehorsam.«<sup>139</sup>

Schon früh habe sich »das Mißverhältnis angebahnt, das für den Jüngling der späteren Jahre charakteristisch wurde, nämlich ein geradezu glänzendes Vermögen, Wissen anzuhäufen und zu durchdringen nebst ungeheurer Aktivität auf der einen Seite, andererseits aber ein gewisses Zurückbleiben dieser stürmischen Entwicklung gegenüber auf der Seite der Betonung sittlicher Werte und altruistischer Gefühle im sozialen Sinne«<sup>140</sup>. So heißt es in dem medizinischen Gutachten: »Die fesselnden und teilweise geistreichen Darlegungen des Robert Grütte haben aber etwas Auffälliges: Warme Gefühlstone werden durchaus vermißt; seine Darlegungen sind stets glatt poliert, aber eiskalt.«<sup>141</sup>

Diese starke Dissonanz in der Persönlichkeit zwischen angehäuften Wissen und Kälte des Gefühlslebens verstärkte sich dann noch während der Pubertät. In der Zeit der Beschäftigungslosigkeit las Grütte außerordentlich viel: »Nietzsche und Strindberg wurden bevorzugt. Damals äußerte er, er müsse ein Leben ohne Hemmungen führen oder keins. Über das Gelesene erging er sich zu den Pflegeeltern in stundenlangen Vorträgen. Traten diese ihm mit Vernunftgründen entgegen, so geriet er oft in heftiges Weinen und beklagte es als Unglück, daß sie sein innerstes Wesen nicht verstünden.«<sup>142</sup> Durch die Schriften Heinrich von Treitschkes und Erich Ludendorffs gewann Grütte nach eigener Auskunft schließlich eine antisemitische Einstellung.<sup>143</sup>

In dieser Zeit der Desorientierung besuchte Grütte fast alle politischen Versammlungen der Rechtsorganisationen, geriet in die Hände des Dr. Kleist, bis er schließlich nur noch in Politik »webte und lebte«<sup>144</sup>. Aufgrund seiner Begabung wurde er alsbald von führenden Rechtspolitikern mit der Wahrnehmung ihrer Interessen beauftragt, in deren Verfolg – so der Pflegevater – er dann ins Unglück stürzte, weil er »bei all seiner Intelligenz für solche Dinge in Anbetracht seiner Jugend zu unreif war«<sup>145</sup>.

Auch der Gerichtsarzt kam in seinem Gutachten zu dem Ergebnis, daß für den Mord nicht nur die psychischen Eigentümlichkeiten des Robert Grütte, dessen schizoide Persönlichkeitsstruktur, verantwortlich seien, sondern auch die Umwelt, »nämlich das Lager der Verschwörer und Geheimbünde, die Schwäche der

*Eltern und der Mangel an Verantwortlichkeitsgefühl mancher Führer, auch dann, wenn sich die Angaben des Robert Grütte im speziellen Sinne als haltloses Gerede erweisen sollten*<sup>146</sup>. Für Robert Grütte begann die Katastrophe, als er, selber noch völlig ungesichert, sich den rechtsradikalen Verbänden anschloß. »In die nationalen Verbände hat ihn unter anderen Motiven Neugierde getrieben, schließlich auch die Begeisterung für die deutschvölkische Idee; daß er eine Uniform bekam, Waffen erhielt, Nachtübungen mitmachte, wirkte bei ihm mächtig. Grütte selbst nennt dieses Ganze jetzt »indianerhaft«, glaubt aber, daß es seinerzeit einen großen Reiz auf ihn ausgeübt hat. Er will auch etwas gebraucht haben, was ihn begeistern konnte. Als ein Abgeordneter auf seine Einladung nach Vorpommern kam, um den von ihm vorbereiteten Boden zu beackern, geriet er in eine Art freudiger Raserei und wurde völlig diesem Parteiführer untertan.« Grütte hob ferner hervor, »daß die politischen Wogen damals sehr viel höher gingen als heute, daß alles auf den Umsturz wartete, und dann bei gelungenem Umsturz alles wohl ganz anders beurteilt worden wäre, als dies heute geschieht«<sup>147</sup>. Die Wirkung der nationalen Verbände auf seine Einstellung schilderte Grütte vor Gericht so: »Durch seinen dauernden Aufenthalt in völkischen Kreisen hörte ich nur völkische Reden, las nur antisemitische und völkische Schriften. Juden, Marxisten, Kommunisten und selbst Deutschnationale mußte ich als Feinde betrachten und habe keinen Unterschied gemacht zwischen inneren und äußeren Feinden. Ich war fest überzeugt, etwas Gutes zu tun, wenn ich auch wußte, daß es ein Verbrechen war. Mich leitete nur der Gesichtspunkt, ob jemand der Partei schade oder nütze.«<sup>148</sup> Jetzt, im nachhinein, sehe er zwar auch, daß »für ihn die Politik nicht die richtige Befreiung aus seinem Wirrsal war«, damals sei er aber froh gewesen, »irgend etwas zu haben, an das er sich klammern konnte«<sup>149</sup>.

Es sagt einiges über den Charakter der DvFP aus, deren Führer nicht müde wurden, von der Überlegenheit der »deutschen Rasse« zu reden, daß sie sich nicht unwesentlich auf solche Jugendlichen stützte. Allein die Tatsache, daß Personen wie Grütte und Dammers in Vorpommern mit der »deutschvölkischen Sache« betraut wurden, wirft ein bezeichnendes Bild auf diese Partei.

Bleibt noch die Frage zu erörtern, inwieweit die von Grütte gemachten Aussagen über Putsch- und Attentatspläne der Parteiführung der Wahrheit entsprechen. Es ist natürlich außerordentlich schwer zu beurteilen, was von den Aussagen Grüttes Wahrheit und was Dichtung ist. Zweifelsohne war Grütte ein renommistischer Wichtigtuer. So gesehen sind seine Aussagen mit Vorsicht zu betrachten. Andererseits macht man es sich sicherlich zu leicht, die Aussagen Grüttes einfach nur als Hirngespinnste eines überspannten Jugendlichen abzutun. Denn zum einen werden seine Aussagen über einen bevorstehenden Putsch auch von den anderen Mitgliedern der Hermsdorfer Gruppe im großen und ganzen bestätigt. Zum anderen stehen verschiedene Angaben in Übereinstimmung mit den tatsächlichen Gegebenheiten, auf die nun noch kurz eingegangen werden soll.

Ahlemann und Henning haben in ihren Vernehmungen zum Mordfall Grütte Verbindungen ihrer Partei zum Hitlerputsch und zum Küstriner Putsch der »Schwarzen Reichswehr« energisch bestritten. Ebenso hat Reinhold Wulle bei einer späteren Vernehmung ganz entschieden Beziehungen seiner Partei zur »Schwarzen Reichswehr« in Abrede gestellt und dabei geradezu die »Gegensätzlichkeit« dieser beiden Richtungen hervorgehoben.<sup>150</sup>

Die »Schwarze Reichswehr« hat nicht nur im Oktober 1923 den Küstriner Putsch organisiert. In ihren Reihen wurden auch zahlreiche Fememorde begangen. Die Unterlagen zu den Fememord-Prozessen sind weitgehend erhalten geblieben. Die im Zusammenhang mit diesen Prozessen gemachten Zeugenvernehmungen ergeben nun aber – entgegen den Behauptungen von Ahlemann, Henning und Wulle –, daß es offenbar rege Beziehungen zwischen der DvFP und der »Schwarzen Reichswehr« gegeben hat. Der umfangreichste Fememord-Prozeß ist der Wilms-Prozeß.

Walter Wilms, dessen Leichnam später aus der Havel geborgen werden sollte, wurde von der Staatsanwaltschaft Kiel wegen »Unterschlagung bedeutender Beträge« gesucht.<sup>151</sup> So beschloß er, in Berlin bei der »Schwarzen Reichswehr« unterzutauchen. Zusammen mit dem ebenfalls stellungslosen Emil Polz begab er sich ins Büro der DvFP in der Dessauer Straße 6. Dort wurden sie von dem Bürovorsteher, dem Leutnant Henning von Poser, empfangen. Diesen fragten sie, ob sie in die »Schwarze Reichswehr« eintreten könnten. Bei seiner späteren Vernehmung sagte von Poser aus, daß ihm Wilms »von einem Herrn der Parteileitung« – die weiteren Recherchen ergaben, daß es sich dabei um den Oberleutnant a.D. Ahlemann handelte – empfohlen worden sei, woraufhin er die beiden zur »Schwarzen Reichswehr« schickte.<sup>152</sup> Kurze Zeit später wechselte von Poser ebenfalls von der DvFP zur »Schwarzen Reichswehr« über. Er übernahm zunächst in Spandau das Kommando einer M[aschinen-]G[ewehr]-Abteilung, später das Arbeitskommando in Rathenow, wo Wilms ermordet wurde. Im Wilms-Prozeß wurde von Poser der Beihilfe zum Mord angeklagt.

Ins Rollen hatte diesen Prozeß der Zeuge Arthur Enskat gebracht, der am 4. August 1923 auf dem Polizeipräsidium Berlin, Abt. I A [Politische Polizei], erschien und den Mord an Wilms anzeigte. Zur »Schwarzen Reichswehr« sei er über Wilms gekommen, wo er dann militärisch ausgebildet wurde. »Während meiner Ausbildung«, so Enskat bei einer Vernehmung, »gewann ich den Eindruck, dass die gesamte schwarze Reichswehr lediglich bei einem Rechtsputsch Verwendung zu Gunsten der Putschisten finden sollte. Nähere Angaben kann ich hierüber nicht machen. Das Menschenmaterial stellte zum größten Teil die Bismarckjugend, der deutsche Hochschulring, und zum kleineren Teil Angehörige von Roßbachformationen, der O.C. und ehemalige Baltikumer. Ein Teil der Angeworbenen kam durch die Vermittlung von Oberleutnant a.D. Ahlemann. Dies weiß ich daher so genau, weil eine Gewährliste angelegt war und die eingetroffenen Leute angeben mußten, durch wen sie empfohlen waren.«<sup>153</sup>

Ein weiterer Zeuge, der im Wilms-Prozeß vernommen wurde, war Emil Dobscitzki. Dieser sagte aus, daß sein Eintritt in die »Schwarze Reichswehr« direkt durch Vermittlung des Reichstagsabgeordneten Wulle erfolgte: Im Frühjahr 1923 war er Mitglied einer Arbeitsgemeinschaft in Mecklenburg. Zusammen mit mehreren Mitgliedern dieser Arbeitsgemeinschaft – darunter auch dem Unteroffizier Dörrmann – besuchte er eine Versammlung der DvFP, auf der als Referent der Abgeordnete Wulle auftrat. Der mit Wulle gut befreundete Unteroffizier Dörrmann sprach mit diesem auch über die »Schwarze Reichswehr«, die den anderen Mitgliedern der Arbeitsgemeinschaft bislang noch völlig unbekannt war. Während Dörrmann mit vier weiteren Kameraden mit einem Empfehlungsschrei-

ben des Abgeordneten Wulle gleich darauf nach Berlin und von dort nach Potsdam zu dem dortigen Arbeitskommando der »Schwarzen Reichswehr« führen, blieb Dobschitzki zunächst noch bei der Arbeitsgemeinschaft. Acht Tage später fuhr er dann aber mit zwei weiteren Kameraden zu dem Abgeordneten Wulle nach Berlin. »Nachdem wir uns bei Wulle gemeldet hatten, erhielten wir von diesem ein Empfehlungsschreiben an den Oberleutnant Eisenbeck in Potsdam. Mit diesem Schreiben versehen, führen wir dann nach Potsdam und wurden durch Eisenbeck sofort eingestellt.« Martin Eisenbeck war der Führer des Arbeitskommandos Potsdam der »Schwarzen Reichswehr«.

»Im August 1923«, so Dobschitzki weiter, »wurde es ein offenes Geheimnis, dass die eigentlichen Führer der S[chwarzen R[eichswehr] mit allen Mitteln darauf hinarbeiteten, einen gewaltsamen Umsturz mit Hilfe der S[chwarzen R[eichswehr] vorzubereiten, und sollte nach dem erfolgten Putsch eine Militärdiktatur errichtet werden. Den Unteroffizieren und Soldaten wurde erzählt, dass die S[chwarze R[eichswehr] zumindestens die Offiziere der aktiven R[eichs]W[ehr] auf ihrer Seite hätte. Hieran konnte für uns nach dem geschilderten Zusammenarbeiten der »Schwarzen« und aktiven Reichswehr kein Zweifel mehr bestehen.«<sup>154</sup>

Soweit die Aussagen einiger Zeugen. Es sei betont, daß diese nicht etwa zu dem Verhältnis DvFP und »Schwarzer Reichswehr« befragt wurden, sondern diese Angaben beiläufig machten. Es besteht kein Grund, an der Richtigkeit dieser Aussagen, die noch durch weitere ergänzt werden könnten, zu zweifeln. Aus ihnen ergibt sich zumindest folgendes: Die Behauptung von Wulle, daß es keine Beziehungen seiner Partei zur »Schwarzen Reichswehr« gegeben habe, muß als Lüge angesehen werden. Wulle selber hat, mit entsprechenden Empfehlungsschreiben versehen, Leute zur »Schwarzer Reichswehr« vermittelt. Parteifreund Ahlemann hat offenbar im größeren Umfange Soldaten ebenfalls dorthin weitervermittelt. Tatsächlich wurde die »nationale« Zuverlässigkeit von Angehörigen der SR streng überprüft: Nur solche Mitglieder wurden aufgenommen, die sich durch entsprechende Empfehlungsschreiben »nationaler« Verbände und Organisationen ausweisen konnten.

Die Tatsache, daß Parteiführer der DvFP Soldaten zur »Schwarzen Reichswehr« weitervermittelt haben, beweist natürlich noch nicht, daß sie auch über deren eigentliche Ziele – gewaltsamer Putsch und Errichtung einer Militärdiktatur – unterrichtet waren. Doch auch hierzu finden sich Belege. Carl Mertens, der eine Zeitlang im Büro der SR tätig gewesen war, nennt einen Gewährsmann, der folgende Aussagen machte: Nachdem Buchrucker im September den Termin für den geplanten Putsch auf den 29. September 1923 festgelegt hat, »verlangte von Graefe durch Tettenborn am 18. September Kenntnis von dem bevorstehenden Putsch Buchruckers. Am 20. empfing Buchrucker von Graefe und setzte ihm den Plan kurz auseinander, da er befürchten mußte, Graefe zerschlage seine Hoffnungen. Es wurde ein Übereinkommen des gemeinsamen Handelns getroffen, und von Graefe empfing seine Instruktionen über die zu treffenden Massnahmen.«<sup>155</sup> Von Graefe hat demnach zumindest von dem bevorstehenden Putsch der SR gewußt. Hinzu kommt folgendes: Aus den Zeugenaussagen in den Fememordprozessen der »Schwarzen Reichswehr« ergibt sich ganz übereinstimmend, daß die meisten Angehörigen dieser Organisation spätestens seit dem August 1923 sich über deren eigentliche Ziele völlig im klaren waren. Es ist daher äußerst unwahrscheinlich, daß die deutschvölkischen

Parteiführer, die mit Angehörigen der SR nachweisbar zum Teil in einem engen Kontakt standen, von solchen Zielsetzungen nichts mitbekommen haben sollten.

Als Buchrucker wegen des Küstriner Putsches vor dem Sondergericht in Cottbus stand, hat die Staatsanwaltschaft ihm vorgehalten, mehrmals zu Besprechungen mit von Graefe und anderen deutschvölkischen Parteiführern in der Dessauer Straße zusammengetroffen zu sein und gemeinsam mit diesen in München auch Verhandlungen mit Hitler und Ludendorff über den Zeitpunkt des Putsches im Berliner Raum geführt zu haben.<sup>156</sup>

Diese Angaben werden wiederum weitgehend von Walther Stennes bestätigt, wonach zwischen der »Schwarzen Reichswehr« und Hitler ein gemeinsames Vorgehen vereinbart worden sei.

Aus all dem ergibt sich, daß die Küstriner Vorgänge keine isolierte Einzelercheinung waren, sondern offenbar Teil eines größeren Unternehmens zum Sturz der Regierung, an dem auch die verbotene DvFP beteiligt war. Nachdem der Küstriner Putsch der SR gescheitert war, beteiligten sich Roßbach und von Graefe unmittelbar am Hitlerputsch. Die Behauptung von Graefes, er habe von diesem Putsch gar keine Ahnung gehabt, muß als unsinnig zurückgewiesen werden.

Nimmt man all die Belege zusammen, so erscheinen die Aussagen Grüttes in einem etwas anderen Licht: Sie stimmen weitgehend mit den tatsächlichen Gegebenheiten überein. Die Frage, ob all seine Behauptungen der Wahrheit entsprechen, läßt sich nicht sagen. Trotzdem sagen sie viel über das Milieu der DvFP aus. Denn selbst, wenn diese oder jene Behauptung »erfunden« sein sollte, so kann doch davon ausgegangen werden, daß erst die gesamte Atmosphäre, die in der DvFP geherrscht hat, den jungen, überspannten Grütte zu seinen Ansichten und Taten gebracht haben.

Bleibt zum Schluß noch das weitere Schicksal des Robert Grütte zu erwähnen. Das Ende dieses verpfuschten Lebens war, daß Grütte 1927 zur Beobachtung seines Geisteszustandes in die Irrenabteilung überführt und schließlich 1928 als »geisteskrank« eingestuft wurde, so daß die Überführung in eine Irrenanstalt für erforderlich gehalten wurde. Die Ärzte konnten nicht sagen, ob es sich um eine nun zum Ausbruch gekommene Geisteskrankheit oder um die Auswirkungen der Haft handelte. So wird in dem ärztlichen Gutachten eingeräumt: »Es ist möglich, daß wir es hier nur mit einer Hafteinwirkung bei einem von jeher seelisch überempfindlichen jungen Menschen zu tun haben, [...] der nun in der Abgeschlossenheit der Haft den Zusammenhang zwischen Phantasie und Wirklichkeit vollends verloren hat.«<sup>157</sup>

Über das weitere Schicksal des Robert Grütte ist mir nichts bekannt.

#### Anmerkungen

- 1 Zum Prozeß der Abspaltung vgl. insbesondere Werner Liebe, *Die Deutschnationale Volkspartei 1918 - 1924*. Düsseldorf 1956, S. 51-71.
- 2 Eine ausführliche Biographie in: Junius Alter, *Nationalisten. Deutschlands nationales Führertum der Nachkriegszeit*. Leipzig 1930, S. 46-57.
- 3 Ebda., S. 57-68.
- 4 Zu Henning vgl. W. Liebe, *Die Deutschnationale Volkspartei ... (wie Anm. 1)*, S. 62-64.

- 5 J. Alter, *Nationalisten ... (wie Anm. 2)*, S. 68-76. Ernst Graf von Reventlow schloß sich 1927 der NSDAP an und vertrat diese als Mitglied des Reichstages.
- 6 Text des Mitgliedausweises der DvFP in: LA Berlin Rep. 58 Nr. 38, Bd. I, Bl. 33.
- 7 Vgl. Reinhold Wulle, *Deutsche Politik 1925*. Berlin 1926, S. 6.
- 8 Vgl. Reimer Wulff, *Die Deutschvölkische Freiheitspartei 1922 - 1928*. Phil. Diss. Marburg/Lahn 1968, S. 21.
- 9 Zitiert nach: Bernd Kruppa, *Rechtsradikalismus in Berlin 1918 - 1928*. Berlin und New York, S. 227. Gemeint ist der Reichskommissar im Reichsministerium des Inneren, der sich ab 1924 Reichskommissar für die Überwachung der öffentlichen Ordnung nannte.
- 10 Vgl. Arnold Bronnen, *Roßbach*. Berlin 1930, S. 34; Gerhard Rossbach, *Mein Weg durch die Zeit. Erinnerungen und Bekenntnisse*. Weilburg/Lahn 1950, S. 49f.
- 11 Vgl. insbesondere Kurt Oskar Bark, *Roßbachs Marsch ins Baltikum*, in: Ernst von Salomon (Hrsg.), *Das Buch vom deutschen Freikorpskämpfer*. Berlin 1938, S. 202-206.
- 12 Laut Vertrag, den Roßbach mit dem Mecklenburgischen Landbund, der Landesorganisation der Grundbesitzer, abgeschlossen hatte, zahlte die Zentrale in Berlin jedem Angehörigen der Arbeitsgemeinschaft Roßbach neben Landarbeiterlohn, Unterkunft und Verpflegung zusätzlich pro Monat 10,- bzw. 15,- Mark. Vgl. B. Kruppa, *Rechtsradikalismus ... (wie Anm. 9)*, S. 172.
- 13 Vgl. ebda., S. 172, 174.
- 14 Kurz vor dem Kapp-Putsch erwarb Roßbach zusätzlich den Tiergarten-Club in der Hohenzollernstraße 22 in Berlin-Tiergarten. Dieser wurde zum Treffpunkt der Roßbacher; von hier aus wurden illegale Waffengeschäfte getätigt (Vgl. A. Bronnen, *Roßbach ... (wie Anm. 10, S. 99f.)*). Am Tag des Einmarsches der Ehrhardt-Brigade in Berlin war der Tiergarten-Club das befestigte Hauptquartier des Regiments Roßbach. Vgl. *Die Vorgeschichte des Militärputsches*, in: *Berliner Tageblatt* vom 24. März 1920.
- 15 Von sogenannten »Standgerichten« der Sturmabteilung Roßbach wurden mehrere Arbeiter »zum Tode verurteilt«, die wegen einer Lohndifferenz beim Gutsbesitzer Baron von Brandenstein vorsprechen wollten. Vgl. A. Bronnen, *Roßbach ... (wie Anm. 10)*, S. 107.
- 16 Heinz Oskar Hauenstein, genannt »Heinz«, wurde 1899 in Elberfeld geboren. Gegen Ende des Ersten Weltkrieges zum Unteroffizier befördert, gründete er in Oberschlesien die berüchtigte »Deutsche Spezialpolizei«. Nach dem Motto »Verräter verfallen der Feme« wurden der Kollaboration mit Polen Beschuldigte in Nacht- und Nebelaktionen umgebracht. Vgl. Friedrich Glombowski, *Organisation Heinz (O.H.). Das Schicksal der Kameraden Schlageters*. Berlin 1934, S. 216.  
Hauenstein wurde in der jungen Berliner NSDAP einer der Wortführer.
- 17 Neben den Freikorps von Roßbach, Hauenstein und der Brigade Ehrhardt kämpfte in Oberschlesien das aus Bayern kommende Freikorps Oberland, dem viele Nationalsozialisten angehörten. Durch diese erfuhren die anderen Freikorpsangehörigen erstmals Näheres von der jungen NSDAP.
- 18 Aus dem Aufruf von Hauenstein an seine ehemaligen Freikorpsangehörigen. In: F. Glombowski, *Organisation ... (wie Anm. 16)*, S. 127.
- 19 Ebda., S. 129.
- 20 Vgl. *Erich F. Berendt, Soldaten der Freiheit. Ein Parolebuch des Nationalsozialismus 1918 - 1925*. Berlin 1935, S. 160f.
- 21 Ebda.
- 22 Ebda., S. 162, 169.
- 23 Fahrenhorst wechselte erst Ende 1930 von der DvFP zur NSDAP über. Durch Vermittlung von W. Kube wurde er am 1. April 1935 Bürgermeister von Prenzlau. Vgl. Bundesarchiv (BA) Koblenz, R 39/60. Diese Anmerkung verdanke ich dem freundlichen Hinweis von Manfred Gailus.
- 24 Ludolf Haase, *Rundschreiben II: An die Ortsgruppenführer der illegalen NSDAP*, in: Wer-

- ner Jochmann, *Nationalsozialismus und Revolution, Ursprung und Geschichte der NSDAP in Hamburg 1922 - 1933*. Dokumente. Frankfurt am Main 1963, S. 63.
- 25 Vgl. »Das Deutsche Führerlexikon 1934/1935«. Berlin 1934, S. 27.
- 26 B. Kruppa, *Rechtsradikalismus ... (wie Anm. 9)*, S. 227.
- 27 Vgl. Julek Karl von Engelbrechten, *Eine braune Armee entsteht. Die Geschichte der Berlin-Brandenburger SA*. München, Berlin 1937, S. 32.
- 28 B. Kruppa, *Rechtsradikalismus ... (wie Anm. 9)*, S. 232; E. J. Gumbel, *Verschwörer. Beiträge zur Geschichte und Soziologie der deutschen nationalistischen Geheimbünde seit 1918*. Wien 1924, S. 100.  
Gumbel gibt fälschlicherweise den 12. März als den Tag der »Geburtstagsfeier« an.
- 29 Carl Severing, *Mein Lebensweg*, Bd. I., Köln 1950, S. 384; B. Kruppa, *Rechtsradikalismus ... (wie Anm. 9)*, S. 230-233.
- 30 Major von Stephani war Führer des Freikorps Potsdam, welches im Januar 1919 das von Arbeitern besetzte Vorwärtsgebäude in der Berliner Lindenstraße stürmte, in dessen Verlauf sieben unbewaffnete Vorwärts-Parlamentäre ermordet wurden. Später wurde er Führer des »Stahlhelms« von Berlin.
- 31 A. Bronnen, *Roßbach ... (wie Anm. 10)*, S. 131.
- 32 B. Kruppa, *Rechtsradikalismus ... (wie Anm. 9)*, S. 234.
- 33 E. J. Gumbel, *Verschwörer ... (wie Anm. 28)*, S. 92.
- 34 Das »Regiment Reinhard« unter dem Obersten Wilhelm Reinhard war eine der Formationen, die in Berlin die Januar- und Märzauftände 1919 niederschlugen. W. Reinhard war Ehrenvorsitzender der »Reinhard-Jugend«. Vgl. dazu Heinz Höhne, *Der Orden unter dem Totenkopf. Die Geschichte der SS*. Augsburg 1992, S. 130.
- 35 A. Bronnen, *Roßbach ... (wie Anm. 10)*, S. 131.  
Während Roßbach in Untersuchungshaft saß, verübten Angehörige der »Arbeitsgemeinschaft Roßbach«, die zugleich Mitglieder der DvFP waren, in Mecklenburg einen Mord an dem Oberleutnant Walter Cadow, über den das Gerücht entstand, er wolle Angaben in dem gegen Roßbach schwebenden Verfahren vor dem Staatsgerichtshof machen. Vgl. E. J. Gumbel, *Verschwörer ... (wie Anm. 28)*, S. 94.  
An diesem Mord waren u.a. Rudolf Höß, der spätere Kommandant von Auschwitz, Leutnant Bruno Fricke, Leutnant von Mackensen sowie Martin Bormann, Hitlers späterer Sekretär, beteiligt. Für dieses Verbrechen bekam Bormann 1938 von Hitler den »Blutorden« verliehen. Vgl. Joseph Wulf, *Martin Bormann – Hitlers Schatten*. Gütersloh 1962, S. 16f.
- 36 E. J. Gumbel, *Verschwörer ... (wie Anm. 28)*, S. 96.
- 37 A. Bronnen, *Roßbach ... (wie Anm. 10)*, S. 133.
- 38 E. J. Gumbel, *Verschwörer ... (wie Anm. 28)*, S. 84.
- 39 Edmund Heines wurde am 21. Juni 1897 in München geboren. Als Siebzehnjähriger meldete er sich 1914 freiwillig zum Kriegsdienst und brachte es 1918 bis zum Offizier. Nach dem Ersten Weltkrieg schloß er sich zunächst dem »Freikorps Oberland« und später dem »Freikorps Roßbach« an. Nach dem Mord an dem Arbeiter Willi Schmidt flüchtete er nach München.  
Im Jahre 1928 stand Heines wegen dieses Verbrechens vor dem Schwurgericht Stettin. Wegen Totschlags zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt – vgl. E. J. Gumbel, *Verschwörer ... (wie Anm. 28)*, S. 154 – saß Heines aufgrund einer Amnestie aber nur eineinhalb Jahre. Vgl. *Vorwärts* vom 13. Mai 1932.  
Kurze Zeit später war Heines nationalsozialistischer Abgeordneter im Reichstag und wurde hier wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung und tätlicher Beleidigung belangt. Vgl. LA Berlin Rep. 58, Nr. 2526.  
Im Jahre 1931 übernahm Heines die SA-Führung in Schlesien und wurde 1933 Polizeipräsident von Breslau. Vgl. G. Roszbach, *Mein Weg ... (wie Anm. 10)*, S. 137, 139 und 234. Unter seiner Regie entstanden nach 1933 mit die ersten von der SA geführten Konzentrationslager. Vgl. ebda.

- Heines wurde im Zusammenhang mit dem Röhm-Putsch erschossen. Vgl. Heinz Höhne, *Mordsache Röhm. Hitlers Durchbruch zur Alleinherrschaft 1933 - 1934*. Hamburg 1984, S. 267f.
- 40 A. Bronnen, *Roßbach ...* (wie Anm. 10), S. 139.
- 41 Zitiert nach: John Dornberg, *Der Hitlerputsch. München 8. und 9. November 1923*. Frankfurt am Main, Berlin 1989, S. 76.
- 42 A. Bronnen, *Roßbach ...* (wie Anm. 10), S. 148f.
- 43 R. Wulle, *Deutsche Politik ...* (wie Anm. 7), S. 10.
- 44 A. Bronnen, *Roßbach ...* (wie Anm. 10), S. 162f.; G. Rossbach, *Mein Weg ...* (wie Anm. 10), S. 82.
- 45 G. Rossbach, *Mein Weg ...* (wie Anm. 10), S. 81.
- 46 Charles Drage, *Als Hitler nach Canossa ging: Biografie des Walther Stennes*. Berlin 1982, S. 90f.
- 47 Der »*Deutsche Herold, Bund der Vorkämpfer für deutschvölkisches Zeitungswesen und völkische Politik*« war bereits am 2. Oktober 1919 gegründet worden, als die Völkischen noch in der DNVP waren. Er verstand sich als eine eigenständige Organisation mit Hauptvorstand, Gauverbänden etc., die den Völkischen als politische und organisatorische Plattform innerhalb der DNVP diente und mit deren Hilfe sie sofort nach ihrer Abspaltung ein Programm und die organisatorischen Strukturen für eine eigene Partei hatten. Vgl. *Wegweiser für den Deutschen Herold, e.V.*, in: Brandenburgisches Landeshauptarchiv (BLHA) Pr.Br.Rep. 2 A, 1 Pol. Nr. 1114.
- 48 »*Aus dem deutschvölkischen Sumpf*«, in: *Berliner Tageblatt*, Nr. 565 vom 7. Dezember 1923.  
Vgl. Grütte-Lehder u.a., [...] wegen Ermordung des Kommunisten Heinrich Dammers zu Tegel (Mitte November 1923), in: LA Berlin Rep. 58 Nr. 435, Bd. I, Bl. 13 RS.
- 49 Baldur von Schirach, *Die Pioniere des Dritten Reiches*. Essen 1933, S. 140f. Generalsekretär Wilhelm Kube, wohnhaft in der Schöneberger Stübchenstraße 3, trat am 16. März 1922 in die Stadtverordnetenversammlung von Berlin ein.
- 50 Vgl. die Aussagen von R. Wulle und W. Kube. In: Ahlemann u.a., [...] wegen Anstiftung zur Ermordung des Kommunisten Heinrich Dammers zu Tegel (Mitte November 1923). LA Berlin Rep. 58 Nr. 438, Bd. II, Bl. 90 RS und 107.
- 51 Vgl. Aussage von R. Wulle, in: ebda., Bl. 90 RS.
- 52 Nach den Reichstagswahlen vom 4. Mai 1924 gehörte Kube dem Deutschen Reichstag an. Aus der DvFP trat Kube erst 1927 aus. Nach vorübergehender Anlehnung an Richard Kunzes Deutschsozialer Partei gründete Kube zunächst eigene Organisationen, die »*Völkisch-Soziale Arbeitsgemeinschaft*« und den »*Reichsbund völkischer Frontkämpfer*«, mit denen er Anfang 1928 zur NSDAP überwechselte. Vgl. BLHA ... (wie Anm. 47), Nr. 2134, Bl. 61.  
Bereits 1928 war W. Kube Fraktionsführer der NSDAP im Preußischen Landtag. Zum weiteren Lebenslauf vgl. Robert Wistrich, *Wer war wer im Dritten Reich?* München 1983, S. 165f.
- 53 LA Berlin ... (wie Anm. 48), Bd. II, Bl. 53f.  
Vgl. auch die Aussage von Grütte vom 3. Dezember 1923, in: ebda., Bl. 29; ferner LA Berlin ... (wie Anm. 50), Bd. I, Bl. 9.
- 54 LA Berlin ... (wie Anm. 50), Bd. VII, Bl. 18.
- 55 LA Berlin ... (wie Anm. 48), Bd. I, Bl. 6.
- 56 Zitiert nach: »*Aus dem deutschvölkischen Sumpf*«... (wie Anm. 48).
- 57 Ebda.
- 58 Aussage Grüttes vom 3. Dezember 1923, in: LA Berlin ... (wie Anm. 48), Bd. II, Bl. 28.
- 59 *Der Montag*, Nr. 18 vom 12. Mai 1924.
- 60 LA Berlin ... (wie Anm. 48), Bd. II, Bl. 6.
- 61 LA Berlin ... (wie Anm. 50), Bd. V, Bl. 85.

- 62 Vgl. »Das Urteil im Mordprozeß Grütte-Lehder«, *Vossische Zeitung*, Nr. 587 vom 12. Dezember 1925.  
Vgl. auch die Aussage von R. Wulle vom 8. Juni 1926, in: LA Berlin ... (wie Anm. 50), Bd. X, S. 10; ferner die Aussage von Ahlemann in: ebda., Bd. I, Bl. 67.
- 63 LA Berlin ... (wie Anm. 50), Bd. V, Bl. 80 RS.  
Reventlow bestritt diese Angaben.
- 64 LA Berlin ... (wie Anm. 48), Bd. V, Bl. 78.
- 65 Diese Akten befinden sich im LA Berlin: LA Berlin ... (wie Anm. 48), 7 Bde. (Mordfall Grütte-Lehder) und LA Berlin ... (wie Anm. 50), 12 Bde. (Ahlemann u.a. wegen Anstiftung zum Mord).
- 66 Vgl. Aussagen Grüttes vom 1. und 8. Dezember 1923, in: LA Berlin ... (wie Anm. 48), Bd. I, Bl. 10, 74.  
In den Akten wird der Name von Oberst Wilhelm Reinhard durchgängig mit »Reinhardt« angegeben. Ich habe die Namensschreibung korrigiert.
- 67 Ebda., Bl. 74.
- 68 Ebda., ferner: Bd. II, Bl. 57.
- 69 Ebda., ferner: LA Berlin ... (wie Anm. 50), Bd. I, Bl. 169.
- 70 Aussage Grüttes vom 3. Dezember 1923, in: LA Berlin ... (wie Anm. 48), Bd. I, Bl. 38.
- 71 Aussage Grüttes vom 5. Mai 1926, in: LA Berlin ... (wie Anm. 50), Bd. I, Bl. 170.
- 72 Ebda.
- 73 Ebda., Bl. 171. Vgl. auch: LA Berlin ... (wie Anm. 50), Bd. IV, Bl. 52.
- 74 LA Berlin ... (wie Anm. 48), Bd. II, Bl. 53 f.
- 75 LA Berlin ... (wie Anm. 50), Bd. IV, Bl. 54, 59.
- 76 Aussage Grüttes vom 3. Dezember 1923, in: LA Berlin ... (wie Anm. 48), Bd. I, Bl. 38.
- 77 Vgl. die Aussage von Elsbeth Zander, in: LA Berlin ... (wie Anm. 50), Bl. 160-162.
- 78 Aussage Grüttes vom 5. Mai 1926, in: ebda., Bd. I, Bl. 185.
- 79 Aussage von Dr. Kleist vom 22. Februar 1926, in: ebda., Bl. 56.
- 80 Aussage Grüttes vom 5. Mai 1926, in: ebda., Bl. 111.
- 81 Aussage Grüttes vom 1. September 1926, in: ebda., Bd. IV, Bl. 215 RS.
- 82 Aussage Grüttes vom 5. Mai 1926, in: ebda., Bd. I, Bl. 112 f.
- 83 Ebda., Bl. 113 f.
- 84 Aussage Ahlemanns vom 26. Februar 1926, in: ebda., Bl. 65.
- 85 Aussage Ahlemanns vom 3. Dezember 1926, in: LA Berlin ... (wie Anm. 50), Bd. VII, Bl. 158 RS.
- 86 Vgl. Abschrift der Oberstaatsanwaltschaft beim Landgericht Berlin III vom 8. April 1927, in: LA Berlin ... (wie Anm. 50), Bd. VII, Bl. 281 f.
- 87 Aussage Ahlemanns vom 16. Februar 1926, in: ebda., Bd. II, Bl. 57.
- 88 Aussage Ahlemanns vom 15. Juni 1926, in: ebda., Bd. II, Bl. 56 RS.
- 89 Aussage Ahlemanns vom 3. Dezember 1926, in: ebda., Bd. VII, Bl. 159.
- 90 Aussage Hennings vom 25. Juni 1926, in: ebda., Bd. II, Bl. 132 RS.
- 91 Ebda., Bd. VII, Bl. 121 RS.
- 92 Ebda., Bl. 67 RS.
- 93 Ebda., Bl. 58.
- 94 Ebda., Bl. 123, 123 RS.
- 95 Ebda., Bl. 105.
- Artur Dinter war Anfang der zwanziger Jahre einer der übelsten antisemitischen Hetzer. Vgl. Artur Dinter, *Sünde wider das Blut*. Leipzig 1919, S. 273. »Sünde wider das Blut«, der erste Band einer Romantrilogie, erschien 1918 in 1. Auflage, »Die Sünde wider dem Geist«, der zweite Band, 1921. Beide Bände erreichten eine Auflage von über 100 000 Exemplaren.  
Dinter schloß sich später der NSDAP an, überwarf sich aber mit Hitler und wurde 1928 aus der NSDAP ausgeschlossen.

- 96 LA Berlin ... (wie Anm. 48), Bd. V, Bl. 90 f.; ferner: Bd. I, Bl. 16.
- 97 Aussage Grüttes vom 1. Dezember 1923, in: ebda., Bd. I, Bl. 19 RS.
- 98 Aussage Grüttes vom 3. Dezember 1923, in: ebda., Bl. 38 RS.
- 99 Brief Grüttes an Müller vom 8. Oktober 1923 als Abschrift der Oberstaatsanwaltschaft beim Landgericht Berlin III, in: LA Berlin ... (wie Anm. 50), Bd. VII, Bl. 282.
- 100 LA Berlin ... (wie Anm. 48), Bd. I, Bl. 46 RS.
- 101 Ebda.
- 102 Ebda.
- 103 Vgl. Abschrift der Oberstaatsanwaltschaft beim Landgericht Berlin III, in: LA Berlin ... (wie Anm. 50), Bd. VII, Bl. 283.
- 104 Aussage Ahlemanns vom 16. Juni 1926, in: ebda., Bd. II, Bl. 58.
- 105 Ebda.
- 106 Vgl. Abschrift der Oberstaatsanwaltschaft beim Landgericht Berlin III, in: LA Berlin ... (wie Anm. 50), Bd. VII, Bl. 283.
- 107 Ebda., Bl. 283 RS.
- 108 Aussage Grüttes vom 5. Mai 1926, in: LA Berlin ... (wie Anm. 50), Bd. I, Bl. 118.
- 109 LA Berlin ... (wie Anm. 48), Bd. I; Bl. 20; vgl. ferner: Anklage der Oberstaatsanwaltschaft beim Landgericht Berlin III, 19. Juni 1925, in: ebda., Bd. IV, Bl. 147.
- 110 Aussage von Dr. Heintz vom 15. Oktober 1926, in: LA Berlin ... (wie Anm. 50), Bd. VI, Bl. 21 RS, 22.
- 111 Aussage Ahlemanns vom 3. Dezember 1926, in: LA Berlin ... (wie Anm. 50), Bd. VII, Bl. 159 RS.
- 112 Aussage Grüttes vom 5. Mai 1926, in: ebda., Bd. I, Bl. 203.
- 113 Abschrift der Oberstaatsanwaltschaft beim Landgericht Berlin III, Bl. 284 RS; vgl. auch die Aussage von Dr. Heintz vom 15. Oktober 1926, in: LA Berlin ... (wie Anm. 50), Bd. VI, Bl. 24.
- 114 Ebda., Bl. 285.
- 115 Ebda., Bl. 287.
- 116 Aussage Ahlemanns vom 15. Juni 1926, in: LA Berlin ... (wie Anm. 50), Bd. II, Bl. 54 RS.
- 117 Abschrift der Oberstaatsanwaltschaft beim Landgericht Berlin III, in: LA Berlin ... (wie Anm. 50), Bd. VII, Bl. 287.
- 118 Ebda., Bl. 285.
- 119 Aussage Grüttes vom 5. Mai 1926, in: LA Berlin ... (wie Anm. 50), Bd. I, Bl. 122.
- 120 Abschrift der Oberstaatsanwaltschaft beim Landgericht Berlin III, in: LA Berlin ... (wie Anm. 50), Bd. VII, Bl. 285 RS.
- 121 Ebda.
- 122 Ebda., Bl. 286; »Aus dem deutschvölkischen Sumpf«... (wie Anm. 48).
- 123 Abschrift der Oberstaatsanwaltschaft beim Landgericht Berlin III, in: LA Berlin ... (wie Anm. 50), Bd. VII, Bl. 286 RS.
- 124 Ebda., Bl. 287 RS; sowie: Anklage der Oberstaatsanwaltschaft beim Landgericht Berlin III, 19. Juni 1925, in: LA Berlin ... (wie Anm. 48), Bd. IV, Bl. 153.
- 125 Anklage der Oberstaatsanwaltschaft beim Landgericht Berlin III, 19. Juni 1925, in: LA Berlin ... (wie Anm. 48), Bd. IV, Bl. 153-155.
- 126 Aussage von Henry Böttcher vom 27. Januar 1926 in: LA Berlin ... (wie Anm. 50), Bd. I, Bl. 9.
- 127 Aussage Grüttes vom 5. Mai 1926, in: ebda., Bl. 124.
- 128 Abschrift der Oberstaatsanwaltschaft beim Landgericht Berlin III vom 8. April 1927, in: LA Berlin ... (wie Anm. 50), Bd. VII, Bl. 296 RS; »Das Urteil...« (wie Anm. 62).
- 129 Abschrift der Oberstaatsanwaltschaft beim Landgericht Berlin III vom 8. April 1927, in: LA Berlin ... (wie Anm. 50), Bd. VII, Bl. 286.
- 130 Aussage von R. Wulle vom 21. Juni 1926, in: LA Berlin ... (wie Anm. 50), Bd. II, Bl. 93.
- 131 Ebda., Bl. 93 RS.

- 132 Aussage von R. Wulle vom 8. Juni 1926, in: LA Berlin ... (wie Anm. 50), Bd. IX (Lose-Blatt-Sammlung), S. 6.
- 133 Zitiert aus: »Das Urteil...« (wie Anm. 62).
- 134 Vgl. dazu die Anmerkungen 126-129 sowie die folgende Aussage eines 15 Jahre alten Jungen: »Mein Eindruck war der, daß man damals wohl irgendwelche Putsche erwartete und daß wir jungen Leute uns zu irgend einer Verwendung bereit halten sollten.« LA Berlin ... (wie Anm. 50), Bd. III, Bl. 179 RS.
- 135 So sagte Grütte aus: »Ich brannte förmlich darauf, mich für die Partei auch einmal durch eine Tat zu betätigen.« Ebda., Bd. VII, Bl. 108.
- 136 Gutachten des Gerichtsarztes vom 2. Dezember 1925, in: LA Berlin ... (wie Anm. 48), Bd. V, Bl. 87-89.
- 137 Ebda., Bl. 105f.
- 138 Ebda., Bl. 97.
- 139 Ebda.
- 140 Ebda., Bl. 106.
- 141 Ebda., Bl. 108.
- 142 Ebda., Bl. 91.
- 143 Aussage Grüttes vom 12. August 1926, in: LA Berlin ... (wie Anm. 50), Bd. IV, Bl. 47 RS, 48.
- 144 Gutachten des Gerichtsarztes vom 2. Dezember 1925, in: LA Berlin ... (wie Anm. 48), Bd. V, Bl. 91.
- 145 Ebda.
- 146 Ebda., Bl. 110.
- 147 Ebda., Bl. 102.
- 148 Zitiert aus: *Deutsche Zeitung*, Nr. 581 vom 12. Dezember 1925.
- 149 Gutachten des Gerichtsarztes vom 2. Dezember 1925, in: LA Berlin ... (wie Anm. 48), Bd. V, Bl. 102.
- 150 B. Kruppa, *Rechtsradikalismus ...* (wie Anm. 9), S. 263.
- 151 Vgl. Klapproth u.a. wegen Fememord an Feldwebel Wilms im Juli 1923, in: LA Berlin Rep. 58 Nr. 36, Bd. IV, Bl. 94.
- 152 Ebda., Bd. VII, Bl. 77 RS sowie Bd. XIV, Bl. 41 RS.
- 153 Ebda., Bd. III, Bl. 13.
- 154 Ebda., Bd. II, Bl. 113 ff.
- 155 Carl Mertens u.a., *Die deutsche Militärpolitik seit 1918*, Berlin 1926, S. 29.
- 156 *Berliner Tageblatt*, Nr. 495 vom 24. Juni 1923.
- 157 Ärztliches Gutachten vom 31. Mai 1927, wie es vom 25. Untersuchungsausschuß beim Preußischen Landtag angefordert worden ist. In: LA Berlin ... (wie Anm. 48), Bd. VI, Bl. 37.